



# Dick im Geschäft

## Handelspolitik im Dienste des Agrobusiness

Pia Eberhardt



**weed**

**Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung  
World Economy, Ecology & Development**

# Impressum

## Dick im Geschäft

### Handelspolitik im Dienste des Agrobusiness

Gefördert von der  
InWEnt gGmbH aus  
Mitteln des BMZ

#### **Danksagung der Autorin:**

Mein Dank gilt allen, die mich bei der Erstellung dieses Papiers unterstützt haben, insbesondere Christina Deckwirth, Peter Fuchs, Ulrich Jasper, Gregor Kaiser, Magali Mander, Volker Matthias, Armin Paasch, Alexis Passadakis, Kai Schäfer, Christian Steigels und Marita Wiggerthale.

#### **Autorin:**

Pia Eberhardt

#### **Herausgeber:**

Weltwirtschaft, Ökologie  
& Entwicklung e.V.  
World Economy, Ecology  
& Development (weed)

#### **Büro Berlin**

Torstraße 154  
10115 Berlin

Tel.: +49 - (0)30 - 27 58 - 21 63

Fax: +49 - (0)30 - 27 59 - 69 28

weed@weed-online.org

www.weed-online.org

**Redaktion:** Pia Eberhardt

**Titelfoto:** Ralf Maro

version-foto.de

**Layout:** WARENFORM  
kommunizieren & gestalten

**Druck:** Pegasus-Druck

**Druck Umschlag:** DruckVogt

Schutzgebühr: EUR 5,00

(Mitglieder: EUR 4,00)

zzgl. Versand


**ISBN:** 3-937383-30-1

Berlin, Oktober 2005

# Inhalt

<b>1. Einleitung</b> .....	<b>5</b>
<b>2. BäuerInnen gegen Agromultis – Die Macht des Agrobusiness im globalen Handel</b> .....	<b>6</b>
2.1 Konzerne in der Agrar-Wertschöpfungskette .....	6
2.2 The winner takes it all – Profite auf Kosten der bäuerlichen Landwirtschaft....	11
2.3. Fazit: Konzerngetriebene Globalisierung der Landwirtschaft .....	12
<b>3. „WTO macht Hunger“ – Agrarpolitik unter dem Dach der WTO</b> .....	<b>13</b>
3.1. Das WTO-Agrarabkommen auf einen Blick .....	13
3.2. Zeitbombe Importabhängigkeit .....	14
3.3. Dumping und kein Ende .....	16
3.4. Export um jeden Preis? .....	18
3.5. Mehr Macht für das Agrobusiness .....	20
3.6. Nach Hongkong und darüber hinaus – die laufenden Agrarverhandlungen....	21
3.7. Deutsche Butter für die Welt – Die Rolle Deutschlands und der EU in der WTO-Agrarpolitik .....	28
3.8. Fazit: Liberalisierung als Protektionismus der Mächtigen .....	29
<b>4. Die Heimliche Attacke – GATS und Landwirtschaft</b> .....	<b>30</b>
4.1. Das GATS auf einen Blick .....	30
4.2. Die Folgen von Dienstleistungsliberalisierung für die Landwirtschaft .....	30
4.3. Fazit: Dienstleistungsliberalisierung auf dem Rücken der Landwirtschaft .....	33
<b>5. Umkämpfte Natur – Gentechnik und die Aneignung natürlicher Ressourcen</b> .....	<b>34</b>
5.1. Zwangsfütterung mit Genfood? – Der Gentechnik-Streitfall .....	34
5.2. Feindliche Übernahme – Inwertsetzung der Natur durch TRIPS .....	35
5.3. Fazit: Legalisierung von Enteignung und Abhängigkeit .....	37
<b>6. Agrarhandelspolitik zwischen Bi- und Multilateralismus</b> .....	<b>38</b>
<b>7. Widerstand keimt auf – Gegenkräfte und -konzepte</b> .....	<b>39</b>
<b>8. Fazit</b> .....	<b>43</b>
<b>Literatur</b> .....	<b>44</b>
<b>Abkürzungsverzeichnis</b> .....	<b>46</b>

## Boxen und Grafiken

Box 1:	Alles Banane? – Der krumme Handel mit der gelben Frucht.....	9
Box 2:	Nicht die Bohne wert – Kaffee zum Schleuderpreis .....	10
Box 3:	Moderne Sklaverei in der Landwirtschaft .....	12
Box 4:	Die Welthandelsorganisation WTO.....	13
Box 5:	„Es gibt (keinen) Reis, Baby“ – Reisliberalisierung in Indonesien.....	15
Box 6:	Subventionsmythen von gestern bis heute – Warum Subventionen nicht das Übel aller Dinge sind .....	17/18
Box 7:	Geschlecht der Armut – Die Verliererinnen der Agrarliberalisierung.....	20
Box 8:	„Ihre Macht ist nicht unsre“ – Die G20 in der Kritik .....	26
Box 9:	Tesco statt „Mama-und-Papa“ – Europas Griff nach dem thailändischen Einzelhandel .....	32
Box 10:	Das TRIPS-Abkommen auf einen Blick.....	35
Box 11:	„Cupuaçu gehört uns allen“ – Biopiraterie konkret.....	36
Grafik 1:	Der Einfluss von Supermärkten auf die Preise für Zulieferer.....	8
Grafik 2:	Marktbeherrschung durch Konzerne: Der Bananenhandel von der Karibik nach Großbritannien .....	9
Grafik 3:	Das Bananensplit  Wie viel von 1,00 £ Verkaufswert ecuadorianischer Bananen verbleibt bei den einzelnen Gliedern der Wertschöpfungskette?.....	9
Grafik 4:	Die Glieder der Kaffee-Wertschöpfungskette und ihr Anteil am Endverkaufswert.....	10
Grafik 5:	Konzentration von Marktmacht in der globalen Kaffee-Wertschöpfungskette.....	10

# 1. Einleitung

*„Der tägliche stille Völkermord durch Hunger, der in eisiger Normalität sich abspielt, ist kein Schicksalsschlag. Er ist menschengemacht. Jedes Kind, jede Frau, jeder Mann, alle die am Hunger oder an seinen unmittelbaren Folgen sterben, werden eigentlich ermordet.“*

Jean Ziegler, UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung<sup>1</sup>

*„Die kleinbäuerliche Landwirtschaft stirbt nicht einfach – sie wird umgebracht. Und die Leute, die sie töten, haben Namen und Adresse.“*

National Farmers Union, Kanada<sup>2</sup>

Bittere Realitäten erfordern drastische Worte. Die Worte von Jean Ziegler und dem kanadischen Bauernverband sind Ausdruck der Realität von 852 Mio. Menschen, die weltweit an Hunger und Unterernährung leiden – 80% von ihnen im ländlichen Raum. Sie hungern, obwohl statistisch gesehen genügend Nahrungsmittel vorhanden sind, um alle Menschen zu ernähren.

Eine Institution, auf die soziale Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in diesem Kontext immer wieder verweisen, ist die Welthandelsorganisation WTO. „WTO macht Hunger!“, lautet ihre Kritik an just jener Organisation, von der sich viele bei ihrer Gründung vor gut 10 Jahren fairere Handelsbeziehungen insbesondere im Agrarbereich versprochen. Einer Organisation, der die Mehrheit in Medien und Politik auch heute als einzige die Lösung der Probleme im Weltagrarhandel zutraut. Zitat Renate Künast: „Nur in diesem Rahmen können Entscheidungen getroffen werden, die für die armen Länder Vorteile bringen.“<sup>3</sup>

Diese vermeintlichen Vorteile soll die Liberalisierung des Agrarhandels mit sich bringen. Im Klartext: Sobald die horrenden Agrarsubventionen im Norden abgeschafft und seine Märkte für Produkte aus dem Süden offen sind, klappt es auch mit der Armutsbekämpfung. So heißt es im jüngsten UN-Bericht zu den Millenniumszielen der Vereinten Nationen: „Allein der freie Handel mit Agrarprodukten würde Entwicklungsländern schätzungsweise 20 Mrd. US\$ jährlich einbringen“.<sup>4</sup>

Das vorliegende Arbeitspapier möchte zeigen, dass diese Liberalisierungs-Fixierung in der agrarpolitischen Debatte zu kurz greift und allenfalls dazu beitragen

wird, die bestehenden Machtverhältnisse zu legitimieren und zementieren. Dazu wird eine Bilanz der weltweiten Politik der Agrarliberalisierung und der laufenden WTO-Agrarverhandlungen gezogen. Außerdem werden Dimensionen beleuchtet, die in der öffentlichen Debatte um die agrarpolitische Rolle der WTO wie auch in der WTO-kritischen Szene bislang vernachlässigt wurden: die Rolle transnationaler Agrarkonzerne, die Bedeutung des Dienstleistungsabkommens GATS und des TRIPS-Abkommens zum Schutz geistiger Eigentumsrechte für die Landwirtschaft in Nord und Süd sowie das Zusammenspiel von bilateralen, regionalen und multilateralen Agrarhandelspolitiken. Schließlich wird das alternative Konzept der Ernährungssouveränität skizziert.

Insbesondere mit dem Fokus auf die Rolle des transnationalen Agrobusiness möchte WEED deutlich machen, dass agrarpolitische Auseinandersetzungen nicht allein entlang von Nord-Süd-Konfliktlinien zu denken sind. Vielmehr geht es um den Kampf verschiedener Agrar- und Ernährungsmodelle, um „Bauern gegen Agromultis“, wie es der französische Bauerngewerkschafter José Bové einmal auf den Punkt brachte. Während die einen „dick im Geschäft“ sind, verlieren die anderen ihre Lebensgrundlage. Auf wessen Seite die internationale Handelspolitik steht, soll auf den folgenden Seiten gezeigt werden.

Die Liberalisierungs-Fixierung der agrarpolitischen Debatte greift zu kurz

<sup>1</sup> Ziegler, Jean (2004): Das tägliche Massaker des Hungers, in: Widerspruch 24:2, 19-24, 19.

<sup>2</sup> NFU (2003): 27.

<sup>3</sup> Künast, Renate (2004): Einigung bei WTO Verhandlungen in Genf, <http://www.renate-kuenast.de/euinternationales/wtogenf/> [26.9.2005].

<sup>4</sup> United Nations (2005): The Millennium Development Goals Report 2005, New York, 39.

# 6

## 2. BäuerInnen gegen Agromultis – Die Macht des Agrobusiness im globalen Handel

*„Wir sind das Mehl in eurem Brot, der Weizen in den Nudeln, das Salz auf den Fritten. Wir sind das Getreide in den Tortillas, die Schokolade im Dessert, der Zucker im Erfrischungsgetränk. Wir sind das Öl im Salatdressing und das Rind, Schwein und Huhn, das ihr zum Abendbrot esst. Wir sind die Baumwolle in eurer Kleidung, das Gewebe in eurem Teppich und der Dünger auf eurem Feld.“*

Aus einer Broschüre des US-Agrarhandelskonzerns Cargill, 2001<sup>5</sup>

*„Nachhaltige Entwicklung ist einfach zu definieren: Wenn ihr Urgroßvater, ihr Großvater treue Nestlé-Konsumenten waren und es ihre Kinder immer noch sind, dann haben wir nachhaltig gewirtschaftet. Und das ist der Fall für über 5 Milliarden Menschen auf der Welt.“*

Nestlé-Chef Peter Brabeck-Letmathe am Open Forum in Davos 2003<sup>6</sup>

Wenngleich internationale Handelsregeln zwischenstaatlich ausgehandelt werden und Staaten an internationales Recht binden, darf nicht vergessen werden, dass Handelspolitik Politik für diejenigen ist, die den Handel weltweit abwickeln. Das sind weder BäuerInnen noch Länder, sondern Konzerne.

Bis ein landwirtschaftliches Produkt den Weg zu den KonsumentInnen findet, durchläuft es viele Stationen der Wert-

schöpfungskette. Die erste Phase dieser Kette umfasst alle Produktivmittel, d.h. Investitionen in Maschinen, Saatgut oder Pestizide- und Düngemittel, aber auch Bankkredite. Darauf folgen Anbau und Ernte. In der dritten und vierten Phase werden die Produkte weiterverarbeitet, verpackt, gehandelt und vermarktet bis sie schließlich, in der fünften Phase, zum Konsum angeboten werden – ob im Supermarkt oder im Restaurant.

### 2.1 Konzerne in der Agrar-Wertschöpfungskette

Alle Phasen der Nahrungsmittelkette werden von transnationalen Konzernen kontrolliert

In all diesen Gliedern der Nahrungsmittelkette haben sich seit den 70er Jahren Konzentrationsprozesse vollzogen, und zwar horizontale wie vertikale. Erstere meinen Fusionen, Übernahmen und Kooperationen zwischen Unternehmen, die gleiche Tätigkeiten ausüben, also beispielsweise die Übernahme eines Supermarkts durch einen anderen. Daneben ist eine Reihe von Konzernen inzwischen in verschiedenen Gliedern der Wertschöpfungskette aktiv (vertikale Konzentration). So wird unter dem Dach des US-Multis Cargill Weizen nicht nur angebaut, sondern auch transportiert und gemahlen, an Vieh verfüttert oder zu Cornflakes verarbeitet, häufig in verschiedenen Ländern.

Heute werden alle Phasen der Agrar-Wertschöpfungskette von transnationalen Konzernen (TNK) kontrolliert – vom

Gen bis zum Supermarktregal, von „dirt to dinner“ (FAO 2004).

#### Wer die Saat hat, hat das Sagen

Monsanto und DuPont dominieren 65% des weltweiten Markts für kommerzielle Maissaat und 44% des Sojasaatguts. Bereits 2001 stammten 91% des gentechnisch manipulierten Saatguts weltweit von Monsanto. Die sechs Marktführer bei Pestiziden – BASF, Bayer, Dow, DuPont, Monsanto und Syngenta – machen 75-80% dieses Markts unter sich aus; Bayer allein kontrolliert 22% des indischen Pestizidmarkts (ETC Group 2003; Action Aid 2005).

<sup>5</sup> Zitiert nach Action Aid (2005): 19.

<sup>6</sup> Zitiert nach Rodriguez, Felipe Polanía/Rimml, Barbara (2004): Nestlé in Kolumbien – nachhaltige Zerstörung, in: Widerspruch 24:2, 137-143: 137.

Diese Marktmacht nutzt das Agrobusiness, um die Preise für seine Produkte in die Höhe zu treiben. So mussten indische BäuerInnen für den Anbau von Monsanto-genmanipulierter Baumwollsorte „Bt Cotton“ bis zu 300% mehr zahlen als für traditionelle Sorten. Und das, obwohl die Ernte häufig weniger ergiebig war (Action Aid 2005: 22).

Insbesondere im Süden, wo es keine Einkommensstützungen in Form von Subventionen gibt, führen solche höheren Produktionskosten zu Verschuldung. In Thailand stieg der Anteil verschuldeter Höfe zwischen 1988/89 und 1994/95 z.B. von 22% auf 60% (Chomthongdi 2004). In Asien, Afrika und Lateinamerika sind Selbstmorde verschuldeter BäuerInnen an der Tagesordnung. Die Bt-Baumwollregion in Indien nennen Tageszeitungen inzwischen nur noch die „Killing Fields“.

### Cargill, Nestlé & Co.

„Wenn jemand Getreide verkaufen möchte, hat er wirklich keine andere Wahl als zu uns zu kommen“<sup>7</sup> – so hat ein Manager des Konzerns Cargill die Konzentrationsprozesse im weltweiten Agrarhandel auf den Punkt gebracht. Tatsächlich können ProduzentInnen weltweit zwischen immer weniger Käufern wählen: Vier Firmen verarbeiten 75% des Mais, 62% des Weizens sowie 80% der Sojabohnen (Frederickson 2004: 11; Action Aid 2005). In manchen US-Gegenden sind Cargill und Archer Daniels Midland (ADM) die einzigen Getreidehändler.

Ein ähnliches Bild bietet sich bei Kakao: In der Elfenbeinküste wickeln Konzerne wie ADM, Barry Callebaut und Cargill 95% der Exporte der braunen Bohne ab (Ul Haque 2004: 20). Weiterverarbeitet wird der Kakao dann überwiegend von einer Handvoll TNK: Nestlé, Mars, Hershey, Kraft Jacobs Suchard und Cadbury Schweppes. Die weiterverarbeitende Industrie ist also ebenso in der Hand von wenigen Multis.

Diese drängen auf den Abbau von Zöllen, was ihnen Zugang zu billigen Rohstoffen verschafft, und machen gegen preisstabilisierende Maßnahmen mobil. Wo es Importe zum Schnäppchenpreis gibt – wie bei Milch in Jamaika – lässt die weiterverarbeitende Industrie die heimi-

schen ProduzentInnen links liegen. Oder sie zwingt sie, jeden Preis zu akzeptieren, egal wie niedrig. Das ist ein Grund, warum das bäuerliche Einkommen weltweit sinkt<sup>8</sup> – in den USA um fast 50% zwischen 1996 und 1999, in Großbritannien um ca. 75% zwischen 1998 und 1999 (McMichael 2003: 175).

Den VerbraucherInnen kommen die niedrigen ErzeugerInnenpreise aber häufig nicht zugute. Beispiel Mexiko: Seit Inkrafttreten des nordamerikanischen Freihandelsabkommens NAFTA (North American Free Trade Agreement) sind hier die Preise für Mais um über 70% gefallen. Tortillas, die aus Mais hergestellt werden, kosten aber fast dreimal so viel – unter anderem aufgrund der Profitabschöpfung der mexikanischen Monopolisten GIMSA und MINSA (Henriques/Patel 2004). In Honduras, wo fünf Händler 60% der Reissimporte kontrollieren, gab es eine ähnliche Diskrepanz: Während der Preise für importierten Reis dort infolge von Zollsenkungen um 40% fiel, zahlten die KonsumentInnen 12% mehr (Oxfam 2005: 18).

### Grenzenlos billig?

#### Die Macht der Supermärkte

Einzelhandelsketten tragen dazu bei, dass die Preise für Agrarprodukte sinken. Discounter wie Aldi und Lidl haben sich in den letzten Jahren im Kampf um Marktanteile in Deutschland gegenseitig mit Dumping-Milchpreisen unterboten. Um in die Regale mit großen Umsätzen zu kommen, haben die Molkereien wie Campina oder Müller Milch diese Niedrigpreispolitik mitgemacht, ohne jedoch große Verluste zu machen. Die Kosten wurden größtenteils auf die BäuerInnen abgewälzt. Die Preise, die sie von den Molkereien bekommen, decken teilweise noch nicht einmal die Produktionskosten. So erhalten sie nur noch durchschnittlich 27,7 Cent für den Liter Milch, die Erzeugerkosten liegen aber bei 32 Cent pro Liter (Bormann/Deckwirth/Teepe 2005: 21). Ein ähnlicher Preiskrieg trieb in Großbritannien die Bananenpreise nach unten (siehe Box 1).

<sup>7</sup> Zitiert nach Action Aid (2005): 13.

<sup>8</sup> Sinkende Einkommen erklären sich nicht allein durch die Marktmacht von TNK. Neben steigenden Kosten für Investitionen spielt die anhaltende Überproduktion eine Rolle, die auf die Preise drückt.

Vier Firmen verarbeiten 75% des Mais, 62% des Weizens und 80% der Sojabohnen

**Tabelle 1: Konzerne in der Agrar-Wertschöpfungskette**

Branche	Aktivität	Global Player
Agrochemie- und Saatgutkonzerne	Produktion von Saatgut, Pestiziden, Düngemittel & anderen Inputs	Monsanto, Du Pont, Syngenta, Bayer, Dow, BASF
Verarbeitende Industrie und Händler	Erwerb & Erstverarbeitung von Agrarprodukten, Handel	Cargill, ADM, Tyson, Louis Dreyfus, Bunge
Weiterverarbeitende Nahrungsmittelindustrie	Produktion von Nahrungsmitteln & Getränken für KonsumentInnen; Markenentwicklung	Nestlé, Kraft Foods, Unilever, PepsiCo, ADM
Einzelhandel	Verkauf an KonsumentInnen	Wal Mart, Carrefour, Metro, Tesco, Aldi, Lidl

Quelle: Action Aid (2005): 12.

Einzelhandelsriesen setzen auf die geringen Preise ihrer Lieferanten

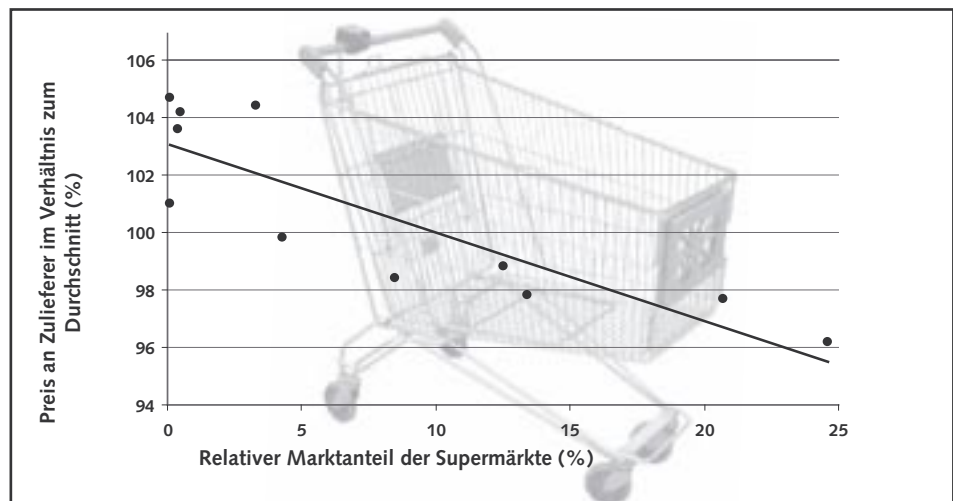
Wie in den anderen Gliedern der Agrar-Wertschöpfungskette erklärt sich die Macht einiger weniger TNK im Einzelhandel durch Konzentrations- und Internationalisierungsprozesse seit den 80er Jahren. Die vorläufige Bilanz der „Wal-Martisierung“ der Welt: Ein Drittel der weltweit verkauften Lebensmittel geht in den 30 größten Einzelhandelsketten über die Ladentheke. In Europa verkaufen sie bis zu 83% aller Lebensmittel. In Lateinamerika haben sie ihren Anteil am Nahrungsmittelverkauf von 10-20% im Jahr 1990 auf 50-60% im Jahr 2000 steigern können (FAO 2004).

Um Profit und Marktanteile zu erhöhen, setzen Einzelhandelsriesen wie Wal Mart oder Metro neben niedrigen Löhnen auf geringe Preise für ihre Lieferanten. Wie eine Kommission der britischen Regierung bei ihrer Untersuchung

des Supermarkt-Sektors im Jahr 2000 herausfand, gilt dabei: Je größer die Kette, desto niedriger die Preise (siehe Grafik 1). So ist der weltgrößte Konzern Wal Mart in der Lage, Lebensmittel im Durchschnitt 14% billiger anzubieten als die Konkurrenz – bis diese irgendwann die Preissenkungen mitmacht. 10 Jahre nach seinem Eintritt ins Lebensmittelgeschäft hat der Multi so die Preise um 13% nach unten getrieben (ETC Group 2003: 9; Lang/Heasman 2004: 160). Kein Wunder, dass eine Studie des britischen Entwicklungsministeriums zu dem Schluss kommt, dass Supermärkte „die treibende Kraft in der „privaten Regulierung der Landwirtschaft“ sind.“<sup>9</sup>

<sup>9</sup> DFID (2004): Concentration in food supply and retail chains, <http://dfid-agriculture-consultation.nri.org/summaries/wp13.pdf>, 7 [19.8.2005].

**Grafik 1: Der Einfluss von Supermärkten auf die Preise für Zulieferer**



Quelle: UK Competition Commission (2000) Tabelle 5.3 and Anhang 11.5.



**Box 1: Alles Banane? – Der krumme Handel mit der gelben Frucht**

Die Banane ist eines der wichtigsten landwirtschaftlichen Produkte. Sie ist zugleich Grundnahrungsmittel und die am meisten exportierte Frucht. Hauptexporteure sind lateinamerikanische Länder, die für etwa 80% der weltweiten Exporte aufkommen, aber auch Länder wie Kamerun, die Elfenbeinküste oder die Philippinen. Seit der Osterweiterung ist die EU vor den USA der größte Markt für Importe.

Fünf Konzerne – Chiquita, Dole, Del Monte Fresh Produce, Noboa und Fyffes – kontrollieren 80% des weltweiten Bananenhandels. Vom Anbau über Ernte und Aufbereitung bis zu Verpackung und Transport dominieren sie alle Glieder der Wertschöpfungskette. An deren Ende entscheiden ebenso wenige Supermarktketten, zu welchem Preis die Frucht in den Einkaufswägen landet. In Großbritannien haben ihre Preiskriege den Ladenpreis für ein Kilo Bananen von 1,08 £ Mitte 2002 auf 0,74 p im Sommer 2004 gedrückt.

Die Folge sind niedrigere Preise an die Lieferanten, die nicht mehr in der Lage sind, auch nur die Mindestlöhne zu zahlen. Beispiel Costa Rica: Dort fielen die Tagelöhne für ArbeiterInnen auf Bananenplantagen von 12-15 £ im Jahr 2000 auf 7-8 £ drei Jahre später. In ihren Taschen landen gerade einmal 1,5% des Ladenpreises. Zusammen mit den Einnahmen der Großgrundbesitzer bleiben nur 12% in den produzierenden Ländern. Den Löwenanteil kassieren Supermärkte, verarbeitende Industrie und internationale Handelsunternehmen.

Quelle: Vorley (2003): 51-55.

In den Taschen der BananenproduzentInnen landen nur 1,5% des Ladenpreises

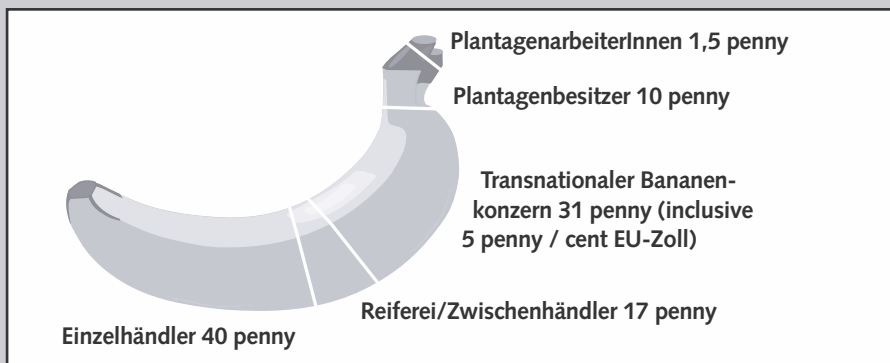
**Grafik 2: Marktbeherrschung durch Konzerne: Der Bananenhandel von der Karibik nach Großbritannien**



Quelle: Vorley (2003): 51.



**Grafik 3: Das Bananensplit - Wie viel von 1,00 £ Verkaufswert ekwadorianischer Bananen verbleibt bei den einzelnen Gliedern der Wertschöpfungskette?**



Quelle: Vorley (2003): 52.

# 10

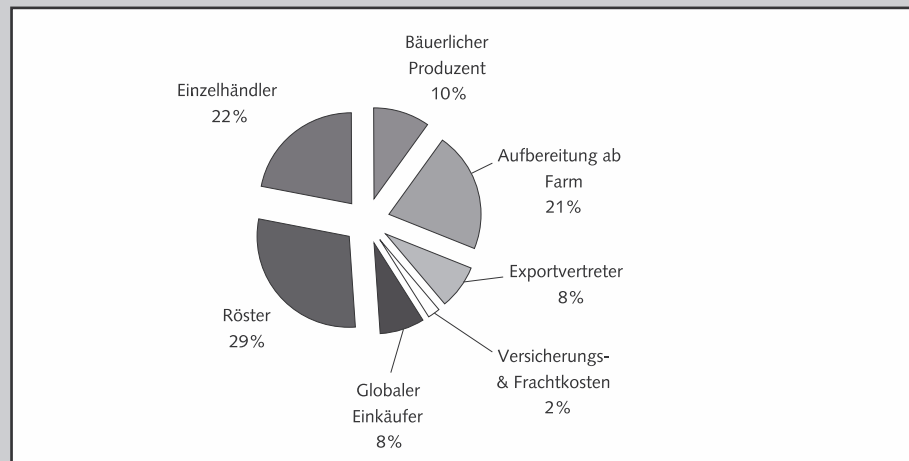
Während sich der Kaffeeverkauf im Einzelhandel verdoppelte, halbierten sich die Einnahmen der kaffeeproduzierenden Länder

## Box 2: Nicht die Bohne wert – Kaffee zum Schleuderpreis

Kaffee wird in 70 Ländern angebaut. Brasilien, Kolumbien und Vietnam sind die größten Produzentenländer. Über die Hälfte des weltweiten Kaffees wird von KleinbäuerInnen produziert, das Einkommen von 25 Mio. Menschen hängt von der braunen Bohne ab. Dabei werden fast 40% der weltweiten Produktion von nur vier TNK gehandelt. 45% werden von drei Röstern verarbeitet: Philip Morris, Nestlé und Sara Lee. Neben Supermarktketten sind sie die Hauptprofiteure des Kaffeegeschäfts. Etwa 70% des Ladenpreises gehen auf ihr Konto, während weniger als 10% an die ProduzentInnen fließen. Zusätzlich haben letztere mit anhaltend niedrigen Preisen zu kämpfen. 2004 lag der Preis für Kaffee nur bei 17% des Preises von 1980, allein zwischen 1997 und 2001 fiel er aufgrund eines weltweiten Überangebots um 70%. Da der Ladenpreis aber relativ konstant geblieben ist, hat sich die Gewinnverteilung zwischen Einzelhandel und ProduzentInnen zugunsten des ersteren verschoben: Während sich der Kaffeeverkauf im Einzelhandel von 30 Mrd. US\$ Anfang der 90er auf über 70 Mrd. im Jahr 2003 mehr als verdoppelte, halbierten sich die Einnahmen der kaffeeproduzierenden Länder im gleichen Zeitraum von 10-12 auf 5,5 Mrd. US\$.

Quellen: Vorley (2003): 47-50; FAO (2004).

**Grafik 4: Die Glieder der Kaffee-Wertschöpfungskette und ihr Anteil am Endverkaufswert**



Quelle: FAO (2004): 31.

**Grafik 5: Konzentration von Marktmacht in der globalen Kaffee-Wertschöpfungskette**



Quelle: FAO (2004): 30.

## 2.2 The winner takes it all – Profite auf Kosten der bäuerlichen Landwirtschaft

Die Dominanz einiger TNK in der Nahrungsmittelkette ermöglicht ihnen enorme Profite. Der Prozess der Profitabschöpfung verläuft dabei durchaus komplex, wie sich am US-Multi Cargill zeigen lässt. Da Cargill sowohl in der Getreideproduktion als auch in der Viehzüchtung aktiv ist und ein weltweites Transportsystem unterhält, bedeuten niedrige Getreidepreise zwar Einbußen auf Seiten des Getreideproduzenten Cargill. Der Viehzüchter Cargill kommt aber an billiges Futter und das Transportunternehmen in den Genuss, größere Mengen zu transportieren (Murphy 2002: 23).

Das weltweite Agrobusiness praktiziert also, was schon Adam Smith Konzernen angekreidet hat: Es windet sich um die Mechanismen herum, die weitläufig „dem Markt“ zugeschrieben werden, um Profite zu ziehen. Mit den Worten des Vorsitzenden des US-Bauernverbandes (Frederickson 2004: 18):

„Diese Unternehmen haben kein Interesse an einem fairen und offenen Wettbewerb, denn schließlich hängen sie alle zusammen und sind voneinander abhängig. Sie müssen nicht effizient wirtschaften, um auf dem Weltmarkt zu überleben. Sie sind der Weltmarkt.“

Da viele Konzerne ihren Sitz in Industrieländern haben und ein Großteil der Rohstoffe im Süden produziert wird, bedeutet ihr Profit eine Umverteilung von Ressourcen von Süd nach Nord. Zudem werden im großen Stil Ressourcen von den ProduzentInnen in die anderen Glieder der Wertschöpfungskette transferiert (siehe Box 2). So landeten in den USA 1997 gerade einmal 7 Cent von jedem Dollar, der für Nahrungsmittel ausgegeben wurde, in den Taschen der Farmer. 1910 lag dieser Anteil noch bei 40 Cent (Lang/Heasman 2004: 140).

### Vom Aussterben bedroht: kleinbäuerliche Landwirtschaft in Nord und Süd

Für KleinbäuerInnen wird es immer schwerer, überhaupt Zugang zur Wertschöpfungskette des Agrobusiness zu bekommen. Um Kosten zu sparen, reduzieren Nahrungsmittelindustrie und

Einzelhandel die Zahl der ProduzentInnen, von denen sie ihre Ware beziehen. Die Übrigen müssen regelmäßig große Mengen einer breiten Produktpalette liefern und Standards z.B. bei Hygiene oder Verpackung einhalten. Diese Ansprüche kann nur erfüllen, wer große Mengen produzieren und die notwendigen Investitionen tätigen kann. So haben in Kenia die Auflagen europäischer Supermärkte dazu beigetragen, die Exportproduktion in den Händen weniger Großproduzenten zu konzentrieren (Lang/Heasman 2004: 152).

Das deutet auf einen weiteren Konzen-



Diese Unternehmen müssen nicht effizient wirtschaften, um auf dem Weltmarkt zu überleben, denn sie sind der Weltmarkt

trationsprozess hin: Im Norden wie im Süden werden KleinbäuerInnen aus der Produktion verdrängt, während immer größere Höfe immer mehr produzieren. Letztere kommen mit dem Preisdruck von oben zurecht, weil sie ihre Kosten senken können. Außerdem sind sie bereit, zu billigen Preisen anzubieten. So stammten 1999 68% der US-Agrarprodukte von nur 8% der Höfe (Murphy 2002: 21). Auf der anderen Seite verlor die Hälfte der in der Landwirtschaft Beschäftigten in Europa zwischen 1980 und 2001 ihren Job, auf den Philippinen waren es 1,2 Mio. Menschen allein zwischen Juli 1999 und Juli 2000 (Vorley 2003: 16). In Deutschland geben täglich 40-50 Höfe auf.

KleinbäuerInnen werden aus der Produktion verdrängt, immer größere Höfe produzieren immer mehr

Plastikmeer in El Ejido,  
darunter unsichtbare Sklaven

### Box 3: Moderne Sklaverei in der Landwirtschaft

„Sicherlich ist eine allgemein verbreitete Sklaverei die einfachste Weise, billige Preise zu erwirtschaften. Dies ist das Ziel, sagen wir es doch laut.“

Emmanuel Terray, Professor für Anthropologie in Paris<sup>10</sup>

Den Kostendruck, den Nahrungsmittelindustrie und Einzelhandel auf ihre LieferantInnen ausüben, geben diese häufig weiter an die ArbeiterInnen auf ihren Plantagen und Feldern – häufig SaisonarbeiterInnen, die mit Niedriglöhnen abgespeist werden und Illegalisierte, denen noch weniger gezahlt wird, wenn sie nicht ganz um ihren Lohn geprellt werden.

Zum Beispiel im andalusischen „Plastikmeer“ El Ejido, wo auf einer Fläche von 320 km<sup>2</sup> in Plastikgewächshäusern Gemüse für den Export produziert wird. 80.000 MigrantInnen aus Afrika, Lateinamerika und Osteuropa arbeiten hier für 3,50€ pro Tag. Afrika, Lateinamerika und Osteuropa arbeiten hier für 3,50€ pro Tag. Afrika, Lateinamerika und Osteuropa arbeiten hier für 3,50€ pro Tag. Afrika, Lateinamerika und Osteuropa arbeiten hier für 3,50€ pro Tag.



Photo: Vanessa Tubiana

Sie hausen in selbst gebastelten Verschlägen, ohne Trinkwasser, Toiletten oder Strom. Arbeitsunfälle und Vergiftungen durch Chemikalien sind an der Tagesordnung. Zudem gibt es immer wieder rassistische Übergriffe. Im Februar 2000 gipfelte sie in einer dreitägigen progromartigen Hetzjagd.

Landarbeiterinnen müssen sich weltweit zusätzlich noch gegen geschlechtsspezifische Diskriminierung und sexuelle Gewalt wehren. In Chile bekommen sie in der Obsterte nur drei Viertel des Lohns der Männer. Auf ihre Doppelbelastung als Mütter und Familienernährerinnen wird keine Rücksicht genommen. „Geschlecht als Standortnachteil – da müssen viele werdende Mütter eben die Rosen für den Muttertag bis zum Tag vor der Geburt pflegen und in der Woche danach sofort wieder voll arbeiten“, so die Menschenrechtsorganisation FIAN über die prekäre Arbeitssituation von Landarbeiterinnen.

Quellen: Europäisches BürgerInnenforum/CEDRI (2004): 9-18; FIAN (2005): 51; Oxfam (2004): 78f.

### 2.3. Fazit: Konzerngetriebene Globalisierung der Landwirtschaft

Die Rolle agroindustrieller Konzerne entlarvt eine Grundannahme der Debatte um Sinn und Unsinn von Handelsliberalisierung als Mythos: die Vorstellung vom „zwischenstaatlichen“ Handel. Der wird weltweit von wenigen TNK gemanaged, die Globalisierung der Landwirtschaft ist eine corporate globalisation. Über die Vorteile zu spekulieren, die Liberalisierung für einzelne Länder mit sich bringt, blendet daher eine wesentliche Dimension des Weltagrarmarktes aus.

Die Dominanz des Agrobusiness in der landwirtschaftlichen Wertschöpfungskette macht eine Teilnahme von KleinbäuerInnen und ArbeiterInnen an bestimmten Märkten fast gänzlich unmöglich. Der Zugang zu lukrativen (Export-)märkten steht eben nur denen offen, die über ausreichend Produktionskapazitäten, komplexe Logistiksysteme sowie Verträge mit relevanten Abnehmern verfügen und die Rohstoffe billiger als die Konkurrenz erzeugen können. In jedem Fall landet der

Löwenanteil der Profite auf den Konten weniger Konzerne. Die viel beschworene Rolle von Landwirtschaft für die Armutsbekämpfung<sup>11</sup> wird so aufgeweicht (siehe auch Kapitel 3.4).

Multilaterale Handelsregeln müssten also der Macht einiger weniger TNK im weltweiten Agrarhandel Rechnung tragen, wenn sie zu einem Handelssystem führen sollen, das einen Beitrag zur Armutsbekämpfung leistet. Das nächste Kapitel wird zeigen, dass das WTO-Regelwerk jedoch genau zu dieser Frage schweigt – oder sich vielmehr in beredtes Schweigen hüllt.

<sup>10</sup> Interview in: Europäisches BürgerInnenforum/CEDRI (2004): 121-126, 126.

<sup>11</sup> So behauptet die Weltbank in ihrem Report Global Agricultural Trade and Developing Countries, dass eine Liberalisierung des Agrarhandels die ländliche Armut in Entwicklungsländern reduzieren würde, „weil sie insgesamt in der Landwirtschaft einen starken komparativen Kostenvorteil haben und der landwirtschaftliche Sektor für die Einkommensbildung in diesen Ländern wichtig ist“ (zitiert nach Paasch (2005): 7).

## 3. „WTO macht Hunger“ – Agrarpolitik unter dem Dach der WTO

„Ich möchte, dass Amerika die Welt ernährt.“

George W. Bush in der New York Times, 19.6.2001

Wachstum des weltweiten Handels hin oder her – der Großteil der Nahrungsmittel wird auch heute noch für den Eigenbedarf und den lokalen Markt produziert. Nur etwa 10% werden weltweit gehandelt. Bei dem mit Abstand wichtigsten Nahrungsmittel, Reis, sind

es sogar nur zwischen 5 und 6% der weltweiten Produktion (Oxfam 2005: 10). Dennoch haben die WTO-Verträge ebenso wie bilaterale und regionale Handelsabkommen weitreichende Auswirkungen auf Landwirtschaft und Ernährung weltweit.

### Box 4: Die Welthandelsorganisation WTO

Die WTO ist eine internationale Organisation, die seit dem 1.1.1995 den weltweiten Handel regelt, und zwar im Sinne einer Liberalisierung. Das meint den Abbau von „Handelshemmnissen“ jeder Art: Zölle, Mengenbeschränkungen aber auch nationale Regulierungen stehen zur Disposition. Und zwar in 148 Staaten, die als WTO-Mitglieder die Verträge der Organisation umsetzen. Zu den wichtigsten Verträgen zählen das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen GATT, das Dienstleistungsabkommen GATS, das TRIPS-Abkommen zu handelsbezogenen Aspekten geistiger Eigentumsrechte und das Agrarabkommen. Das Streitschlichtungssystem ermöglicht der WTO, diese Verträge vermittels eines Sanktionsmechanismus durchzusetzen. Seit 2001 werden beinahe alle Abkommen weiterverhandelt, und zwar im Rahmen der so genannten „Doha-Runde“.

### 3.1. Das WTO-Agrarabkommen auf einen Blick

Seit Inkrafttreten der WTO-Verträge am 1. Januar 1995 gibt es erstmals multilaterale Regeln für den weltweiten Agrarhandel: das WTO-Agrarabkommen, kurz AoA (Agreement on Agriculture). Es bindet die WTO-Mitglieder in drei „Säulen“ – Marktzugang, interne Stützung und Exportsubventionen – an bestimmte Agrarpolitiken.

#### Die erste Säule: Mehr Marktzugang

Ziel des AoA ist die weltweite Öffnung von Märkten für den Handel mit Agrarprodukten. Verschiedene Maßnahmen zum Schutz vor Importen wie z.B. Mengenbeschränkungen wurden zunächst in Zölle umgewandelt. Diese neuen Zollobergrenzen mussten dann gesenkt werden – in Industrieländern um durchschnittlich 36%, in Entwicklungsländern<sup>12</sup> um 24%.

Zudem zwingt das AoA die WTO-Mitglieder dazu, eine Mindestmenge von Agrarprodukten zu Niedrigzöllen zu im-

portieren, und zwar durch so genannte Zollquoten (Tariff Rate Quotas, TRQs). Sie sollen gewährleisten, dass mindestens 3% (Entwicklungsländer) bzw. 5% (Industrieländer) des Verbrauchs bestimmter Produkte aus Importen gedeckt werden.

#### Die zweite Säule: Abbau der innerstaatlichen Unterstützung

Neben der Öffnung von Märkten zielt das AoA auf den Abbau jeglicher Unterstützung der Landwirtschaft. Die verschiedenen Formen werden in drei Kategorien eingeteilt, für die sich der Begriff „Boxen“ durchgesetzt hat:

<sup>12</sup> Wenn im Folgenden von „Entwicklungsländern“ die Rede ist, beziehe ich mich auf die so benannte Ländergruppe im WTO-System. Aufgrund der problematischen Konnotation des Begriffs „Entwicklungsländer“ versuche ich ansonsten, alternative Formulierungen wie „Länder des Südens“ zu verwenden – wohl wissend, dass Entwicklung kein regionales Problem ist und auch dieser Terminus der Diversität „des“ Südens nicht gerecht wird.

Ziel des Agrarabkommens ist die weltweite Öffnung von Märkten für den Handel mit Agrarprodukten und der Abbau jeglicher Unterstützung der Landwirtschaft

Das AoA macht bereits erfolgte Liberalisierungen unumkehrbar

- Die **gelbe** Box (Amber Box) umfasst handelsverzerrende Maßnahmen, die abgebaut werden müssen. Dazu zählen an die Produktionsmenge gekoppelte Gelder wie Schlachtprämien für Rinder oder staatlich garantierte Preise, die über den Weltmarktpreisen liegen. Ihr Wert wird im „aggregierten Stützungsmaß“ zusammengefasst (Aggregate Measurement of Support, AMS). Dieses musste in Industrieländern um 20%, in Entwicklungsländern um 13% gesenkt werden. Unterstützungsprogramme bis zu 5% (Industrieländer) bzw. 10% (Entwicklungsländer) des gesamten Produktionswerts sind davon ausgenommen (De Minimis Level of Support).
- Die **blaue** Box erlaubt Zahlungen im Rahmen von produktionsbeschränkenden Maßnahmen wie Flächenstilllegungsprogramme, obwohl sie als handelsverzerrend gelten. Ihre Höhe ist nicht begrenzt und sie müssen auch nicht reduziert werden.
- Die **grüne** Box listet eine Reihe von Zahlungen auf, die als nicht oder nur minimal handelsverzerrend gelten und deshalb nicht reduziert werden müssen bzw. unbegrenzt erhöht werden können. Dazu zählen Ausgaben für Agrarforschung, Umwelt- und Regionalprogramme, aber auch direkte Einkommenshilfen, die nicht an die Produktion gebunden sind.

#### Die dritte Säule: Abbau von Exportsubventionen

Exportsubventionen ermöglichen Händlern, Produkte zu Preisen unterhalb der

Inlandspreise auf dem Weltmarkt abzusetzen. Für nicht-agrarische Güter sind sie verboten, aber im Agrarsektor gelten andere Regeln. Die 25 Länder, die ihre Exporte in der Vergangenheit subventioniert haben, dürfen dies weiter tun, müssen die Ausgaben allerdings um 36% reduzieren, die Exportmengen um 20%. Wer bisher keine Exportsubventionen genutzt hat, darf sie nicht einführen.

#### „WTO macht Hunger“ – Die Bilanz der Agrarliberalisierung

Es ist analytisch schwierig, die Rolle des AoA für den Wandel der Landwirtschaft in den WTO-Mitgliedsstaaten zu bestimmen. Das Abkommen muss im Kontext von weiteren Liberalisierungspolitiken auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene gesehen werden. Insbesondere aufgrund der Erfahrung im Süden können für Agrarliberalisierungen im Allgemeinen und das AoA im Speziellen jedoch einige Tendenzen festgehalten werden:

- die Abhängigkeit des Südens von Nahrungsmittelimporten hat sich drastisch erhöht
- Dumping hat lokale Märkte im Süden zerstört
- die exportorientierte Landwirtschaft hat kleinbäuerliche Strukturen verdrängt
- die Kräfteverhältnisse im internationalen Agrarhandel haben sich zu Ungunsten der ProduzentInnen und zugunsten des Agrobusiness verschoben

Diese Punkte werden in den folgenden Kapiteln ausführlicher erläutert.

### 3.2. Zeitbombe Importabhängigkeit

Zahlreiche Länder des Südens haben ihre Agrarpolitiken seit den 80er Jahren liberalisiert. Dazu wurden sie durch Strukturanpassungsprogramme von Weltbank und IWF gezwungen. Nur wer seine Märkte öffnete, die staatliche Regulierung bzw. Unterstützung der Landwirtschaft aufgab und die Produktion auf den Export ausrichtete, bekam Kredite. Das AoA hat diese Liberalisierungen in internationales Recht gegossen und damit unumkehrbar gemacht.

Es hat sie außerdem weiter forciert. Zwischen 1990 und 2000 führte das im Süden zu einer Senkung der Zölle von durchschnittlich 30% auf 18%.<sup>13</sup> Schätzungsweise 66% dieser Reduktion gehen

<sup>13</sup> Gemeint sind die „angewandten Zölle“, welche die Länder an ihren Grenzen tatsächlich erhoben haben. Im Gegensatz dazu sind „gebundene Zölle“ diejenigen, die sie bei der WTO angegeben haben. Sie liegen häufig über den angewandten. Wenn in den aktuellen Verhandlungen von Zollreduzierungen die Rede ist, sind die gebundenen Zölle gemeint.

auf IWF und Weltbank zurück, weitere 25% auf das AoA und die restlichen 10% auf Verpflichtungen in regionalen Abkommen (Oxfam 2005: 25).

Die Folge jahrzehntelanger Marköffnungspolitik war eine Explosion der Importe im Süden. Beispiel Indien: Hier



Photo: Peter Fuchs, WEED

stiegen die Einfuhren von Pflanzenölen zwischen 1995 und 1998 im Vergleich zu den Vorjahren um das Siebenfache, Getreideimporte um 332%. Brasilien importierte im gleichen Zeitraum dreimal mehr Milchprodukte als in den vier Jahren zuvor und 43% mehr Weizen bzw. Weizenmehl (FAO 2001). Insgesamt sind die Agrarimporte im Süden zwischen 1979 und 2000 um 115% gestiegen, einstige Agrarnettoexporteure sind inzwischen Importeure. Anstelle

des einstigen Überschusses von 1 Mrd. US\$ in ihrer Agrarhandelsbilanz steht jetzt ein Defizit von 11 Mrd. (FAO 2004: 14).

Dieses Defizit hat nicht nur mit dem Anstieg der Importe, sondern auch mit dem Verfall der Rohstoffpreise zu tun. In den 90ern fielen sie auf den niedrigsten Stand seit der Wirtschaftskrise der 30er Jahre, teilweise lagen sie unterhalb der Produktionskosten. Bei Kaffee ging der Preis aufgrund der weltweiten Überproduktion zwischen 1997 und 2001 beispielsweise um 70% in den Keller (FAO 2004).

Aufgrund der starken Konkurrenz aus dem Ausland und der niedrigen Weltmarktpreise konnten viele BäuerInnen ihre Produktion nicht aufrechterhalten und gaben auf. Die Folge: Viele Länder des Südens sind inzwischen abhängiger denn je von Nahrungsimporten. Und das kostet: In den letzten drei Jahrzehnten hat sich der Anteil der Ausgaben für Lebensmitteleinfuhren am Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den am wenigsten entwickelten Ländern (Least Developed Countries, LDCs) vervierfacht. Bis zu 54% ihrer Exportgewinne wenden sie inzwischen dafür auf (FAO 2004: 16).

NGO-Protest bei der WTO-Ministerkonferenz in Cancún

### Box 5: „Es gibt (keinen) Reis, Baby“ – Reisliberalisierung in Indonesien

Für die Hälfte der Weltbevölkerung stellt Reis die Nahrungsgrundlage dar. Millionen Familien leben vom Anbau des weißen Kornes, der Großteil sind KleinbäuerInnen. So auch in Indonesien, wo über die Hälfte der Bevölkerung von der Reisproduktion lebt. 1995 gab das AoA dort den Startschuss für die Liberalisierung des Reissektors. Es verpflichtete Indonesien, Subventionen für Saatgut, Pestizide und Düngemittel zu streichen und trieb so die Produktionskosten in die Höhe. 1997 bat Indonesien im Zuge der Asienkrise dann beim IWF um Kredite – und musste im Gegenzug seine Zölle für Reis auf Null senken. Zugunsten von privaten Importeuren wurde zudem das Monopol des staatlichen Unternehmens BULOG gebrochen, das bis dato allein Reis einführen und vermarkten durfte.

Infolge der Liberalisierung verdoppelten sich die Reisimporte aus Ländern wie Thailand, China und Vietnam auf über 6 Mio. Tonnen im Jahr 1998. BULOG konnte die einstigen Mindestpreise nicht mehr zahlen, allein 2002 fiel der Reispreis von 2.600 Rupiah (0,28€) auf 1.500 (0,16€) pro Kilo. Doch die BäuerInnen mussten zu den Spottpreisen verkaufen. „Wir Farmer sind hilflos, weil wir das Geld für unser tägliches Überleben brauchen“, brachte ein Bauer seine schwierige Situation zum Ausdruck. Insgesamt hat die Reisliberalisierung laut einer jüngst erschienen Studie des UN-Umweltprogramms UNEP „Indonesiens Abhängigkeit von Importen erhöht und den Grad der Selbstversorgung verringert.“ Der einstige Reisexporteur gehört jetzt zu den Importeuren.

Quelle: UNEP (2005): 65-75.

*„Die Vorstellung, dass Entwicklungsländer sich selbst ernähren sollten, ist ein Anachronismus aus vergangenen Zeiten.“*

John Block, US-Landwirtschaftsminister während der Uruguay Runde

### Am Tropf des Agrobusiness

Die Versorgung im Süden sichern damit nicht länger die eigenen ProduzentInnen, sondern internationale Agrarkonzerne. Genau das war laut Phillip McMichael von der Cornell University Ziel des AoA. Insbesondere der erforderliche Minimum-Marktzugang mache Selbstversorgung als nationale Strategie unmöglich. McMichael (2003: 147) zitiert den einstigen US-Landwirtschaftsminister, John Block, mit einer Aussage aus dem Jahr 1986, dem Jahr des Verhandlungsbeginns der Uruguay Runde, die schließlich zur Gründung der WTO führte:

„Die Vorstellung, dass Entwicklungsländer sich selbst ernähren sollten, ist ein Anachronismus aus vergangenen Zeiten. Sie können ihre Ernährungssicherheit viel besser sichern, wenn sie sich auf Nahrungsmittel aus den USA verlassen, die meistens billiger sind.“

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass der US-Entwurf für das AoA aus der Feder von Dan Amstutz stammte, einem früheren Vizepräsidenten des Agromultis Cargill, der nach seiner Amtszeit beim US-Außenhandelsbeauftragten wieder ins Getreidegeschäft zurück wechselte (Murphy 2002: 24).<sup>14</sup>

### 3.3. Dumping und kein Ende

Ein Teil der Exporte, die ihren Weg auf die Märkte dieser Welt finden, werden dort billiger angeboten als die vor Ort hergestellten Produkte. In manchen Fällen liegen die Preise sogar unterhalb der Produktionskosten im Herkunftsland. Per WTO-Definition ist das Dumping. 10 Jahre nach Gründung der Organisation ist es eine gängige Praxis im Welthandel:

- 2003 schleuderten die USA ihre fünf meistexportierten Produkte zu Dumpingpreisen auf den Weltmarkt. Baumwolle wurde im Durchschnitt zu Preisen verkauft, die 47% unterhalb der Erzeugungskosten lagen, für Weizen lag diese Zahl bei 28%, für Reis betrug sie 26% und für Sojabohnen und Mais je 10% (IATP 2005a).
- Ebenfalls 2003 dumpte die EU tiefgefrorene Hähnchenteile auf den westafrikanischen Markt (Hermelin 2004). 2001 exportierte sie Weizen zu Preisen 46% unterhalb der Produktionskosten, bei Magermilch deckte der Exportpreis nur die Hälfte der Erzeugerkosten und bei Zucker sogar nur 25% (Paasch 2005: 10)!

Diese Praxis schadet der Ernährungssicherheit im Süden. Denn erstens drohen die gedumpten Lebensmittel, die vor Ort hergestellten Produkte zu ersetzen. Zweitens treiben sie die Preise im Importland in den Keller. Viele verlassen oder verkaufen daraufhin ihre Höfe, bauen damit keine Lebensmittel mehr für den eigenen Bedarf an und verlieren

auch die Kaufkraft, sie von anderen zu erwerben. Aufgrund des EU-Hähnchendumpings stellten allein in der ersten Hälfte 2002 40% der senegalesischen GeflügelbäuerInnen ihre Zucht ein (Hermelin 2004: 28). Schließlich verlieren andere Exporteure Marktanteile bzw. Exporteinnahmen.

#### Subventionierung der Armut

Das AoA hat das Dumping-Problem verschärft, indem es zu mehr Marktöffnung verpflichtet und den WTO-Mitgliedern die Möglichkeit genommen hat, sich mit Mengenbeschränkungen und Zöllen effektiv vor Billigimporten zu schützen. Zudem konnte der Norden durch das Subventionsboxen-System Unterstützungen, die eigentlich abgebaut werden sollten als „nicht handelsverzerrend“ umdeklarieren und so den Großteil beibehalten. Laut Weltbank haben die OECD-Länder die Unterstützung ihrer Landwirtschaft zwischen 1986/88 und 2000/02 sogar erhöht.<sup>15</sup> Wenngleich nicht all diese Maßnah-

<sup>14</sup> Amstutz öffnet gerade den Irak für Agrarkonzerne – als US-Verantwortlicher für den „Wiederaufbau“ der Landwirtschaft des Landes. Seine Ernennung kommentierte die Entwicklungsorganisation Oxfam mit den Worten: „Das ist, als hätte man Saddam Hussein zum Vorsitzenden der Menschenrechtskommission gemacht.“

<sup>15</sup> OECD (2003): Agricultural Policies in OECD countries. Monitoring and Evaluation 2003, Paris. Highlights, Paris. „Unterstützung“ der Landwirtschaft ist aber nicht gleichzusetzen mit Subventionszahlungen (siehe Box 6 auf Seite 17).



men zu Dumping führen, funktioniert ein Teil von ihnen jedoch de facto wie Exportsubventionen. So können LandwirtInnen in der EU ihre Produkte unterhalb der Produktionskosten abgeben, weil sie finanziell entschädigt werden.

Als Spitzenreiter bei der Verursachung von Dumping wurden Exportsubventionen durch das AoA zwar reduziert. Allerdings um den Preis ihrer Legalisierung – und damit auch der Legalisierung von Dumping –, denn schließlich wurden sie nicht verboten. Auch nach der Reduktion sind die 3,7 Mrd. US\$ Exportsubventionen, die allein die EU 2003 gezahlt hat, bei weitem keine Peanuts!<sup>16</sup>

Mindestens ebenso schwerwiegend ist, dass das AoA zu der tieferen Ursache von Dumping schweigt: der Überproduktion bei bestimmten Produkten. In der EU treibt beispielsweise ein Überangebot von 20% bei Milch die Preise bis unter die Produktionskosten. Dumping wird dadurch weiterhin möglich sein,

selbst wenn alle Exportsubventionen auf Milch abgebaut sein sollten. Ein weiteres Beispiel ist Kaffee, bei dem das Angebot in den letzten Jahrzehnten um 2%, die Nachfrage aber nur um 1 bis 1,5% gestiegen ist. Auch hier fiel der Preis teils unter die Herstellungskosten (Khor 2005: 5).

Auch die Macht von TNK, Preise so sehr zu drücken, dass sie nicht einmal mehr die Produktionskosten decken, wird im WTO-Regelwerk nicht thematisiert. Die Logik niedriger Herstellungskosten wird schon gar nicht hinterfragt. Die gehen jedoch häufig nicht nur auf günstige klimatische Bedingungen zurück, sondern auch auf die Ausbeutung von ArbeiterInnen und nicht vorhandene bzw. die nicht geahndete Missachtung von Umweltstandards. Das ermöglicht eine Exportpolitik, die auf dem Weltmarkt und in Ländern mit anderen Produktionsbedingungen ähnliche Auswirkungen hat wie Dumping.

### Box 6: Subventionsmythen von gestern bis heute – Warum Subventionen nicht das Übel aller Dinge sind

#### Mythos 1: Jede europäische Kuh wird täglich mit mehr als 2 US\$ subventioniert

Grundlage dieser Behauptung ist die Subventionszahl der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Für 2004 schätzt sie den Wert der Unterstützung der Landwirtschaft im OECD-Raum auf 279 Mrd. US\$.<sup>17</sup> Das Problem mit dieser Zahl: Das sind keine Subventionen. Der Grund: Die Zahl gibt das so genannte „Produzenten-Subventions-Äquivalent“ (PSE) an, und das umfasst zu 70% Politiken, die den Inlandspreis stützen, z.B. Zölle. Ihr Gesamtwert wird durch die Differenz zwischen Inlandspreisen und Weltmarktpreisen ermittelt, und als Weltmarktpreis nimmt die OECD i.d.R. den niedrigsten, den sie finden kann (z.B. den Preis der US-Exporteure bei Mais). Höhere Maispreise, z.B. in Mexiko, gelten demnach automatisch als Subvention!<sup>18</sup>

Mit der verbreiteten Vorstellung von dicken Subventions-Schecks im bäuerlichen Briefkasten hat das wenig zu tun. Wiggerthale (2005) empfiehlt daher, auf die Zahlen zu schauen, die bei der WTO angegeben sind. Demnach hat die EU 2000/2001 ihre Landwirtschaft mit 46,21 Mrd. € gefördert. Das ist zwar immer noch beachtlich, aber doch weit entfernt von den von der OECD berechneten Zahlen von 97,09 (2000) bzw. 99,3 (2001) Mrd. €.<sup>19</sup>

#### Mythos 2: Der Bauer lebt wie die Made im Subventions-Speck

EU-Agrarsubventionen landeten lange nicht bei BäuerInnen, sondern bei der verarbeitenden Industrie (z.B. bei Molkereien oder Schlachthöfen). Nicht für Milch gab es nämlich Geld, sondern für Butter, Magermilchpulver und Käse. Nicht Mastbullen wurden subventioniert, sondern Schlachthälften. Heute kassieren 20% der Höfe 80% der Subventionen. Daran wird die Agrarreform von 2003 wenig ändern, da sie Subventionen vor

In der EU kassieren 20% der Höfe 80% der Subventionen

<sup>16</sup> [http://europa.eu.int/comm/agriculture/agrista/2004/table\\_en/344.pdf](http://europa.eu.int/comm/agriculture/agrista/2004/table_en/344.pdf) [25.8.2005].

<sup>17</sup> OECD (2005): Agricultural Policies in OECD Countries: Monitoring and Evaluation 2005, Paris.

<sup>18</sup> Wise, Timothy A. (2004): The Paradox of Agricultural Subsidies: Measurement Issues, Agricultural

Dumping, and Policy Reform, GDAE Working Paper No.04-02, Medford.

<sup>19</sup> WTO (2004): Notification of the European Communities for the marketing year 2000/2001, 1 April, G/AG/N/EEC/49, Geneva; [www.oecd.org/dataoecd/33/20/32360878.xls](http://www.oecd.org/dataoecd/33/20/32360878.xls) [26.8.2005].

allem an die Fläche bindet und damit große Ackerbaubetriebe begünstigt. Ähnlich sieht es in den USA aus: Die Direktzahlungen dort erreichen nur ein Viertel der Farmer.<sup>20</sup> Dass viele BäuerInnen in Europa finanzielle Unterstützungen dagegen bitter nötig haben, zeigt der agrarpolitische Bericht der Bundesregierung 2005. Konventionell wie ökologisch wirtschaftende Betriebe können demnach aufgrund der niedrigen Preise für Agrarprodukte ihre Kosten nicht allein durch die Einnahmen aus dem Verkauf decken. Ein Abbau der Direktzahlungen wäre das Ende vieler Betriebe, zumindest solange die Preise nicht steigen (Wiggerthale 2005: 7).

**Mythos 3: Wenn alle Subventionen abgebaut sind, gibt es kein Dumping mehr**

Der Verkauf von Agrarprodukten unterhalb der Herstellungskosten geht nicht allein auf Subventionen zurück. Dumpingpreise haben viel mit der Macht von TNK zu tun, Preise zu drücken. Und mit der weltweiten Überproduktion bei bestimmten Produkten. Diese würde vermutlich auch dann nicht zurückgehen, wenn alle Subventionen abgeschafft würden. Denn die Historie zeigt, dass die ProduzentInnen immer versuchen, die maximale Fläche zu bebauen und möglichst hohe Erträge zu erwirtschaften.<sup>21</sup> Wenn nicht gleichzeitig durch Systeme der Angebotsregulierung die Produktionsmenge unter Kontrolle gebracht wird, würde Subventionsabbau im Norden zwar mehr Höfe aus der Produktion drängen und Konzentrationsprozesse forcieren, an der Produktionsmenge und damit der Überproduktion würde sich jedoch wenig ändern (IATP 2005a: 5f.). Eine zentrale Ursache des Dumpings bliebe damit bestehen.

### 3.4. Export um jeden Preis?

Die Argumentation, die Wirtschaftswissenschaften, Medien und WTO-Verhandlungen gleichermaßen dominiert, ist bekannt: Agrarexporte sind die Chance des Südens, dringend benötigte Devisen zu erwirtschaften, um Entwicklungsprozesse voranzubringen. Dass Exportboom und Armutsbekämpfung jedoch nicht automatisch Hand in Hand gehen, zeigt das Beispiel Thailand. Zwar sind dort die Reisexporte rasant gestiegen, die Nettoeinkommen der BäuerInnen sind aber stagniert. Die Exportgewinne streichen Händler und Exporteure ein (Chomthongdi 2004). Das gilt auch für Mexiko, wo die Explosion der Maisexporte im Zuge von NAFTA begleitet wurde von einem Preisverfall um 70%, der die Armut vieler der 2,4 Mio. MaisbäuerInnen verschlimmerte (Henriques/Patel 2004).

Das Nicht-Profitieren von Exporten ist eine Sache, die Verdrängung kleinbäuerlicher Strukturen durch die Exportwirtschaft eine andere. 2001 vertrieb die ugandische Armee 2.000 Menschen gewaltsam von ihrem Land – im Auftrag der in Hamburg ansässigen Neumann-Gruppe, die dort jetzt die erste Großplantage für Kaffee unterhält (FIAN 2005: 18). In Mato Grosso, dem

größten sojaproduzierenden Bundesstaat Brasiliens, mussten seit den 80ern fast 14.000 kleine Höfe den expandierenden Soja-Mega-Farmen weichen (Action Aid 2005: 35). Ein Prozess, der mit Marx als fortlaufende „ursprüngliche Akkumulation“ im Weltmaßstab beschrieben werden kann: die Kommodifizierung und Privatisierung von Gemeindeland und die damit einhergehende gewaltsame Vertreibung der BäuerInnen von ihrem Land.

Solche Verdrängungen sind ein Grund für die Aushöhlung von Ernährungssicherheit durch eine exportorientierte Landwirtschaft im Süden. Ein weiterer ist der immer intensivere Anbau von so genannten cash crops wie Kaffee, Kakao, Zuckerrohr oder Baumwolle für den Export. Dadurch werden weniger Grundnahrungsmittel angebaut. Strukturanpassungsprogramme in Nigeria, Äthiopien, Tansania, Sudan, Kenia und Zaire führten so zwar zu einem

2001 vertrieb die ugandische Armee 2.000 Menschen von ihrem Land - für eine Kaffeeplantage der Neumann-Gruppe

<sup>20</sup> Wiggerthale (2005): 2, 8; USDA (2005): The 20th Century Transformation of U.S. Agriculture and Farm Policy, Economic Information Bulletin Number 3, Washington, 12.

<sup>21</sup> Ray, Dr. Daryll E. (2004): Subsidies and Production, Agricultural Policy Analysis Center, [www.agpolicy.org/weekpdf/188.pdf](http://www.agpolicy.org/weekpdf/188.pdf) [26.8.2005].

Anstieg der Exporte, aber eben auch zu einem 33%igen Rückgang des Getreideanbaus (Shiva 2002). „Verelendungs-handel“ („immiserizing trade“) nennt die UN Organisation für Handel und Entwicklung (UNCTAD) diesen Zusammenhang. Selbst die Exportenthusiasten der Weltbank kamen in einem Report Anfang 2005 zu der Einschätzung, dass „eine Entwicklungsstrategie, die auf Agrarexporte setzt, im derzeitigen politischen Kontext wahrscheinlich zu Verarmung“ führt.<sup>22</sup>

### Zerstörung der Natur

Zudem boomen Exporte auf Kosten der Umwelt, wie eine UNEP-Studie zu den Folgen von Reisliberalisierung im Süden zeigt. Exportorientierung bedeutete dort Intensivierung der Landwirtschaft, und die führte zu Bodenerosion, Wasserverschmutzung und einem Verlust an Biodiversität. Ein Großteil der traditionellen Reissorten und damit der genetischen Vielfalt ging verloren, weil der Druck, mehr zu produzieren, zu einer Konzentration auf wenige Hohertrags-sorten führte. Während beispielsweise Indien Anfang des letzten Jahrhunderts noch Heim von 50.000 Reissorten war, sind inzwischen nur noch 30-50 übrig (UNEP 2005; Wullweber 2004: 248).

Laut Vandana Shiva (2002) bedeutet in Indien jeder Dollar, der aus Agrarexporten erzielt wird, einen ökologischen Schaden für die heimische Ökonomie in Höhe von 5-10 US\$. Christa Wichterich (2004: 89f) findet die Nutzung knapper natürlicher Ressourcen für die Exportwirtschaft daher grundsätzlich problematisch:

„Aneignung von Ressourcen für die Exportwirtschaft bedeutet Enteignung für die Selbstversorgungswirtschaft. [...] Exportproduktion auf den Böden des Südens ist [...] eine weltmarkt-vermittelte Landnahme und zwar durch monokulturelle Plantagen wie durch den kleinbäuerlichen Kontraktanbau: Der Norden gewinnt Land für seine Versorgung, der Süden verliert Land.“

Welche Ausmaße diese Landnahme annehmen kann, verdeutlicht eine alarmierende Meldung von Greenpeace über die Abholzpraxis im Norden Argentiniens von Ende August 2005. Laut der Umweltorganisation wird für den Anbau von Soja dort stündlich Wald auf einer Fläche von 20 Fußballfeldern zerstört.<sup>23</sup>

### Exportorientierung als Erbe der Kolonialzeit

Die Relevanz dieser Zerstörung von Natur und gesellschaftlichen Strukturen verdeutlicht der US-Historiker Mike Davis (2004) in seinem Buch „Die Entstehung der Dritten Welt“. Demnach haben Trockenheit und Dürre Ende des 19. Jahrhunderts zu dramatischen Hungerkatastrophen geführt, weil der Zugang zu Wasser und Nahrungshilfe in Zuge der Kolonialisierung systematisch zerstört und privatisiert worden waren. Zudem waren die Kolonien auf die Bedürfnisse der Mutterländer ausgerichtet, so dass die Überschüsse einiger Regionen nicht in die Dürregebiete gingen, sondern an die Kolonialmächte. Auch heute hat exportorientierte Landwirtschaft im Süden weniger mit Armutsbekämpfung zu tun, als mit der Erwirtschaftung von Devisen für die Schuldentilgung gegenüber dem Norden.

Aneignung von Ressourcen für die Exportwirtschaft bedeutet Enteignung für die Selbstversorgungswirtschaft

<sup>22</sup> Zitiert nach: Bretton Woods Project (2005), Bank on Agricultural Trade: Export Strategy Impoverishing, News, 2nd February, <http://www.brettonwoodsproject.org/article.shtml?cmd%5B126%5D=x-126-107950> [2.9.2005].

<sup>23</sup> Umweltzerstörung in Nordargentinien „dramatisch“, Greenpeace Nachrichten, 25.8.2005, [http://www.greenpeace.de/themen/waelder/nachrichten/artikel/urwaldzerstoerung\\_in\\_](http://www.greenpeace.de/themen/waelder/nachrichten/artikel/urwaldzerstoerung_in_) [2.9.2005].

### Box 7: Geschlecht der Armut – Die Verliererinnen der Agrarliberalisierung

„Die Empirie zeigt, dass Handelsliberalisierung mit erheblichen Anpassungskosten für bestimmte Gruppen einhergeht.“

WTO Jahresbericht 1998<sup>24</sup>

66% der Menschen, die im Süden in der Landwirtschaft beschäftigt sind, sind Frauen. Häufig arbeiten weit über 90% von ihnen auf dem Land. Sie produzieren zwischen 60 und 80% aller Grundnahrungsmittel und garantieren daher die Ernährungssicherheit ihrer Familie und Gemeinde. Aufgrund gesellschaftlich verankerter Geschlechterhierarchien wird diese Leistung jedoch nicht honoriert: Obwohl 28% der ländlichen Haushalte von Frauen geführt werden, sind sie nur in Ausnahmefällen Landeigentümerinnen. Auch zu Krediten, Technologien und Fortbildungen haben sie oft keinen Zugang. Als Arbeiterinnen haben sie unsicherere und schlechter bezahlte Jobs als Männer. Ganz zu schweigen von ihrer Doppelbelastung als Mütter und Familienernährerinnen.

Diese Benachteiligung macht Frauen besonders verwundbar für die Folgen von Agrarliberalisierung: sinkende Preise und konkurrierende Billigprodukte aus dem Ausland sowie steigende Produktionskosten. Sie tragen die Lasten der Abwanderung ihrer Männer, die – auf der Suche nach Arbeit in den Städten – ihre Aufgaben zurücklassen. Wenn die Nahrungsmittel dann doch nicht reichen, sind es oft Frauen und Mädchen, die hungern müssen, da Männer bei der Versorgung bevorzugt werden.

Gleichzeitig können sie die Chancen des Weltmarkts nicht nutzen. Da sie eher auf kleinen Betrieben arbeiten und ihr Zugang zu Ressourcen beschränkt ist, können sie ihre Produktion nur begrenzt steigern und ins Exportgeschäft einsteigen. Oder die Gewinne werden von Männern eingestrichen, wie z.B. in Uganda, wo zwar ein Großteil der Frauen im Export arbeitet, die Vermarktung aber in Männerhand ist.

Quellen: UNCTAD (2004); Wichterich (2004).



Photo: Pia Eberhardt, WEED

### 3.5. Mehr Macht für das Agrobusiness

Wenngleich die Erfahrungen mit Agrarliberalisierung je nach Land verschieden und einzelne Gruppen unterschiedlich betroffen sind, bringt sie doch überall eine Verschärfung des Wettbewerbs mit sich – ob auf den Philippinen, in Kolumbien oder in Deutschland. Dieser Wettbewerb verändert grundsätzlich die Rolle der Landwirtschaft in der Gesellschaft, denn

„wer billig produzieren will, um auf den globalisierten Märkten wettbewerbsfähig zu sein, hindert die Landwirtschaft in jedem Fall, ihre drei Aufgaben – Produzieren, Beschäftigen und Erhalten – zu erfüllen“ (Bové/Dufour 2001: 181).

Dass diese Funktionen keine Relikte vergangener Zeiten sind, unterstreicht die Tatsache, dass 1,3 Mrd. Menschen

weltweit in der Landwirtschaft beschäftigt sind (Vorley 2003: 14). Ihre Existenz muss nicht aus nostalgischen Gründen gesichert werden, sondern weil keine noch so rasante Industrialisierung diese menschliche „Reservearmee“ beschäftigen könnte. Die Armen dieser Welt werden noch länger im ländlichen Raum und von der Landwirtschaft leben. Was sollen sie tun, wenn ihnen diese Lebensgrundlage genommen wird?

Eine Möglichkeit, im Wettbewerb des „Mehr, Schneller, Billiger“ zu überleben, ist die Intensivierung und Rationalisierung der Produktion. Die FAO (2001) identifizierte einen allgemeinen Trend zur Konzentration von Höfen als Folge

<sup>24</sup> Zitiert in Christian Aid (2004): Taking Liberties. Poor people, free trade and trade justice, 25.

von Liberalisierung. Auch die Macht von Agrarhandels- und Lebensmittelmultis gegenüber den ProduzentInnen wurde durch die Liberalisierungspolitik der letzten Jahrzehnte gestärkt (IATP 2005a: 8). Nach Ansicht des kanadischen Bauernverbandes ist diese Verschiebung von Kräfteverhältnissen die gravierendste Auswirkung von Freihandelspolitik:

„Freihandelsabkommen mögen zu mehr Handel führen, wichtiger ist jedoch, dass sie die relative Größe und Marktmacht der Akteure in der Nahrungsmittelkette dramatisch verändern. [...] Viel wichtiger als potentielle Gewinne aus steigenden Exporten ist der Effekt, den diese Abkommen auf die Machtverhältnisse zwischen Farmern und Konzernen des Agrobusiness haben, denn diese Machtverhältnisse bestim-



men die Verteilung der Profite innerhalb der Nahrungsmittelkette.“<sup>25</sup>

Die Machtverschiebung zugunsten des Agrobusiness wiederum stärkt dessen Einfluss auf die Agrarpolitik in Nord und Süd. Das gilt auch für die laufenden WTO-Agrarverhandlungen.

Die Macht von Handels- und Lebensmittelmultis wurde durch die Liberalisierung gestärkt

### 3.6. Nach Hongkong und darüber hinaus – die laufenden Agrarverhandlungen

Seit dem Jahr 2000 gibt es Verhandlungen zu einem neuen Agrarabkommen. Gemeinsam mit den restlichen Themen der Doha-Runde der WTO sollten sie eigentlich bis zum 1. Januar 2005 abgeschlossen sein, allerdings hat das Scheitern der Ministerkonferenz im mexikanischen Cancún im September 2003 diesen Zeitplan obsolet gemacht. Der Streitpunkt Landwirtschaft hat dazu einen wesentlich Beitrag geleistet. Denn wengleich Cancún letztendlich am Konflikt um die so genannten Singapur-Themen gescheitert ist, haben die

Agrarverhandlungen doch die Saat gesät, auf der dieser Konflikt eskaliert ist.

Mit Cancún haben sich die Kräfteverhältnisse in der WTO verschoben. Einige Südkoalitionen können jetzt nicht mehr wie früher einfach außen vor gelassen werden. Das gilt insbesondere für die so genannte G20 um Brasilien, Indien, China und Südafrika, die Agrexporture und Länder mit Schutzinteressen in der Landwirtschaft vereint. In ihrem Windschatten konnten sich in Cancún weitere Koalitionen formieren und agieren, wie die G33 und die G90.

<sup>25</sup>NFU (2002): Free Trade: Is it working for farmers?

Tabelle 2: Länderkoalitionen in den laufenden Agrarverhandlungen

G20	<p>Sie ist die mächtigste Südalanz in den Agrarverhandlungen und fordert die schnelle Abschaffung aller Exportsubventionen, den Abbau der internen Stützung und Marktzugang im Norden. Brasilien und Indien sind Wortführer.</p> <p>Mitglieder: Ägypten, Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, China, Indien, Indonesien, Kuba, Mexiko, Nigeria, Pakistan, Paraguay, Philippinen, Simbabwe, Südafrika, Thailand, Tansania, Uruguay und Venezuela.</p>
G33	<p>Die Gruppe umfasst 42 Länder, die teils auch Mitglied der G20 sind. Sie wird von Indonesien angeführt und setzt sich für Schutzmechanismen gegen Dumping und spezielle Produkte für Entwicklungsländer ein, die von bestimmten Liberalisierungsverpflichtungen ausgenommen werden sollen.</p> <p>Mitglieder: Antigua und Barbuda, Barbados, Belize, Benin, Botswana, China, Dominikanische Republik, Elfenbeinküste, Grenada, Guyana, Haiti, Honduras, Indien, Indonesien, Jamaika, Kenia, Kongo, Kuba, Madagaskar, Mauritius, Mongolei, Mosambik, Nicaragua, Nigeria, Pakistan, Panama, Peru, Philippinen, Sambia, Senegal, Simbabwe, Sri Lanka, St. Kitts und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, Süd-Korea, Surinam, Tansania, Trinidad und Tobago, Türkei, Uganda und Venezuela.</p>
G10	<p>Gruppe von 10 Ländern mit den defensivsten Interessen im Agrarbereich.</p> <p>Mitglieder: Bulgarien, Island, Israel, Japan, Liechtenstein, Mauritius, Norwegen, Schweiz, Südkorea und Taiwan.</p>
Cairns Gruppe	<p>Hier sind agrarexportierende Länder zusammengeschlossen. Sie fordern radikalen Marktzugang und einen weitgehenden Subventionsabbau.</p> <p>Mitglieder: Argentinien, Australien, Bolivien, Brasilien, Chile, Costa Rica, Fidschi, Guatemala, Indonesien, Kanada, Kolumbien, Malaysia, Neuseeland, Paraguay, Philippinen, Südafrika, Thailand und Uruguay.</p>
G90	<p>Die G90 umfasst 64 WTO-Mitglieder aus drei verschiedenen Gruppen: der Afrikanischen Gruppe, den AKP-Staaten und den LDCs. Sie vertritt eher defensive Interessen.</p> <p>Mitglieder: Ägypten, Angola, Antigua und Barbuda, Bangladesch, Barbados, Belize, Benin, Botswana, Burkina Faso, Burundi, Demokratische Republik Kongo, Dominika, Dominikanische Republik, Dschibuti, Elfenbeinküste, Fidschi, Gabun, Gambia, Ghana, Grenada, Guinea (Conakry), Guinea-Bissau, Guyana, Haiti, Jamaika, Kambodscha, Kamerun, Kenia, Kongo, Kuba, Lesotho, Madagaskar, Malawi, Malediven, Mali, Mauretanien, Mauritius, Marokko, Mosambik, Myanmar, Namibia, Nepal, Nigeria, Papua Neu Guinea, Ruanda, Sambia, Senegal, Sierra Leone, Simbabwe, Solomon Inseln, St. Kitts und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, Südafrika, Surinam, Swasiland, Tansania, Togo, Trinidad und Tobago, Tschad, Tunesien, Uganda und Zentralafrikanische Republik.</p>
FIPS (Five Interested Parties)	<p>Die informelle Gruppe dominiert seit Frühjahr 2004 die Verhandlungen, allerdings hat Australien im Sommer 2005 an Einfluss verloren. Die anderen 4 Mitglieder werden auch die <b>neue QUAD</b> genannt. Als Quad galten die vier Länder, die einst die WTO-Verhandlungen dominierten: Kanada, EU, Japan, USA.</p> <p>Mitglieder: Australien, Brasilien, EU, Indien und USA.</p>

### Teilend und herrschend zum Juli-Paket

Nach Cancún blieben diese Südallianzen aktiv, allerdings mit unterschiedlichem Gewicht. Während die G33 in den Verhandlungen weitgehend marginalisiert wurde, bekam die G20 erst den Druck des Nordens, insbesondere der USA, zu spüren, und wurde dann immer mehr in den kleinen Club der Strippenzieher hinter den Verhandlungskulissen integriert. Brasilien und Indien wurden Teil der so genannten FIPS (Five Interested Parties), einer informellen Gruppe, die ab Frühjahr 2004 die Weichen in den Agrarverhandlungen stellte. Für die G90 schließlich gab es Zuckerbrot und Peitsche: Einerseits wollte die EU mit der Ankündigung, sie erwarte von der G90 in der laufenden WTO-Runde keine Zugeständnisse, die Haltung der Gruppe aufweichen. Andererseits wurde sie als „größte Bedrohung des Welthandelssystems“ (Financial Times) denunziert und zu mehr Kompromissbereitschaft genötigt.

In der Nacht zum 1. August 2004 führte diese Divide et Impera Strategie zum Erfolg. Nach einem einwöchigen Verhandlungsmarathon verabschiedete der Allgemeine Rat der WTO in Genf ein Rahmenabkommen zu den wesentlichen Verhandlungsbereichen der Doha-Runde, kurz Juli-Paket (WTO 2004). Es ist faktisch die Grundlage aller weiteren Verhandlungen.

### Das Ende der Exportsubventionen – der große Coup?

Die große Errungenschaft des Juli-Pakets ist, dass erstmals die längst überfällige Abschaffung aller **Exportsubventionen** unmissverständlich festgehalten wird. Allerdings schweigt sich das Abkommen aus über den Zeitraum und den Modus, in bzw. nach dem die Gelder abgebaut werden sollen. Es macht aber einen Unterschied, ob diese zerstörerische Praxis noch 5, 10 oder 15 Jahre weitergeht. Und ob der Löwenanteil direkt mit Abschluss eines neuen Abkommens verschwindet oder sich dieser Prozess Jahre hinzieht. Inzwischen hat die G20 den Abbau innerhalb von fünf Jahren gefordert. Laut EU, die 90% aller Exportsubventionen zahlt, wird es damit allerdings vor 2017 nichts.<sup>26</sup> Vermutlich wird ein Datum erst festgelegt, wenn an-

dere strittige Punkte der Verhandlungen geklärt sind. Dazu gehört die Frage, wie andere Formen der Exportunterstützung – z.B. Exportkredite und der Missbrauch von Nahrungsmittelhilfe – abgebaut werden sollen.

Entscheidender noch als die Frage des Enddatums für das Auslaufen aller Exportsubventionen ist die Frage, ob der Praxis des Dumpings damit ein Ende gesetzt wird. Dazu die FAO: „Die Erfahrung legt nahe, dass die Abschaffung aller Exportsubventionen bei den meisten Produkten relativ geringe Auswirkungen auf die Weltmarktpreise haben wird.“<sup>27</sup> Auf dem Weltmarkt wird sich also wenig ändern. Das liegt unter anderem an der Restrukturierung der europäischen Agrarpolitik: Die EU senkt die Preise auf



Photo: Pia Eberhardt, WEED

Europäische BäuerInnen demonstrieren in Cancún gegen die WTO

dem europäischen Markt und kann ihre Produkte damit auch ohne Exportsubventionen auf dem Weltmarkt loswerden. Für die niedrigen Preise werden die europäischen BäuerInnen dann finanziell durch Direktzahlungen entschädigt. Damit erscheint das große Zugeständnis der EU bei den Exportsubventionen deutlich kleiner.

### Wenn weniger mehr ist

Ebenso relativiert der Blick ins Kleingedruckte die Bestimmungen zur internen Stützung im Juli-Paket. Laut WTO sollen sie zu einem substantiellen Abbau handelsverzerrender Subventionen führen. Tatsächlich könnte sich die erlaubte Obergrenze für die Unterstützung, die

<sup>26</sup> Der einstige französische Landwirtschaftsminister, Hervé Gaymard, hat 2017 als mögliches Datum genannt. Es findet sich auch in einem Entwurf für ein neues Agrarabkommen aus dem Jahr 2003, dem so genannten „Harbinson“-Entwurf.

<sup>27</sup> FAO (2005): Trade Policy Technical Notes. No.4. Export Competition: Selected Issues and the Empirical Evidence, Rom.

Das Juli-Paket enthält genug Schlupflöcher, damit reiche Länder die Unterstützung ihrer Agrarwirtschaft aufrechterhalten können

sich z.B. EU und USA laut WTO leisten dürfen, sogar erhöhen: auf 31,3 Mrd. US\$ verglichen mit jetzt 21,6 Mrd. im Falle der USA und auf 81,4 US\$ verglichen mit 66,6 Mrd. im Jahr 2000/01 in der EU (IATP 2005b: 7). Dafür gibt es mehrere Gründe:

- Die **Grüne Box**, in der sich z.B. 25% der Unterstützung der EU befinden, wird nicht angetastet. Es soll nur überprüft werden, ob sie wirklich nur minimal handelsverzerrende Gelder enthält. Das ist sinnvoll, da damit z.B. Fördermaßnahmen für den ländlichen Raums nicht zur Disposition stehen. Nur wird es eben nicht den viel beschworenen Subventionsabbau geben. Insbesondere, weil die EU durch die Entkopplung ihrer Subventionen von der Produktionsmenge künftig noch mehr Unterstützung von der gelben in die grüne Box schieben wird.
- Die Gelder in der **blauen Box** sollen zwar erstmals beschränkt werden – auf 5% des landwirtschaftlichen Produktionswerts eines Landes. Allerdings sollen Mitglieder, die viele Blue Box Zahlungen leisten, „keine unverhältnismäßigen Kürzungen“ erleiden. Das freut die EU, die 2000/2001 mit 23 Mio. € den größten Anteil an Blue Box Geldern gezahlt hat. Das sind zwar derzeit noch 10% des landwirtschaftlichen Produktionswerts, die Union hat aber durch die Osterweiterung und die Umwandlung von Tier- und Flächenprämien in Direktzahlungen (Green Box Zahlungen) genug Spielraum, um die neue Obergrenze von 5% einzuhalten (Reichert 2005: 19).  
Gleichzeitig dürfen Gelder in der blauen Box untergebracht werden, die bisher abgebaut werden mussten. Sie müssen jetzt nämlich nicht mehr produktionsbeschränkend sein. Das gilt für die schätzungsweise 7 Mrd. US\$ an periodischen Ausgleichszahlungen aus der US Farm Bill von 2002, d.h. Einkommensstützungen, die greifen, wenn die Weltmarktpreise für bestimmte Produkte unter eine festgelegte Grenze fallen. Durch die Ausweitung der blauen Box können die USA an ihnen festhalten (IATP 2005b).

- Die EU hat bereits bei Gründung der WTO weit unter der festgelegten Obergrenze an Zahlungen in der **gelben Box** gelegen. Da in der WTO nur über die Reduktion der erlaubten Obergrenze verhandelt wird und nicht über das tatsächliche Stützungsniveau, könnte die EU bei einer Senkung des AMS um über 40% ihre Preisstützung aus dem Jahr 2001 unverändert aufrechterhalten (Reichert 2005: 11).

Das Juli-Paket sieht aber nur eine 20%ige Reduktion im ersten Jahr eines neuen Abkommens vor. Außerdem entspricht das Ausgangsniveau nicht wie bisher nur dem AMS, sondern der Gesamtsumme aus gebundenem AMS, de minimis Subventionen und Zahlungen in der blauen Box. Mit anderen Worten: Die zulässige Obergrenze für handelsverzerrende Subventionen wird angehoben, um dann „großzügige“ Reduktionen von 20% vorzunehmen (Wiggerthale 2004a: 5)!

Im Klartext: Wie auch das AoA enthält das Juli-Paket genug Schlupflöcher, damit reiche Länder die Unterstützung ihrer Agrarwirtschaft aufrechterhalten bzw. erhöhen können. Schon im August 2004 schrieb der damalige US-Außenhandelsbeauftragte Robert Zoellick in puncto Reduktionsverpflichtung ganz frei heraus: „Diese Reduktion wird unsere Möglichkeiten, unsere Farmer zu unterstützen, nicht einschränken.“<sup>28</sup>

Das betrifft zwar nicht nur, aber eben auch Zahlungen, die auf indirektem Weg ihr Unwesen auf dem Weltmarkt treiben. Die Cairns-Gruppe und die G20 scheinen diese Gefahr erkannt zu haben und drängen auf eine strenge Überprüfung der grünen und blauen Box. EU und USA sehen das natürlich anders.

#### **Marktzugang, Marktzugang, Marktzugang**

Wirklich dramatisch ist schließlich das Kapitel zu Marktzugang im Juli Paket. Das fängt damit an, dass es festlegt, dass die Zölle für Agrarprodukte künftig für

<sup>28</sup> WTO Plan Gives New Protection to U.S. Farm Aid, Zoellick Says, Bloomberg, 5. August.



alle Länder<sup>29</sup> über die gleiche Formel gesenkt werden müssen – unterschiedliche wirtschaftliche Stärke hin oder her. Und die Formel hat es in sich, wenn sie auch in den anstehenden Verhandlungen noch weiter spezifiziert werden wird: Je höher der Zoll, desto höher die Reduzierung. Das trifft den Süden härter, da dort durchschnittlich höhere Zölle existieren als in Industrieländern (siehe Tabelle 3). Besonders betroffen wären Länder, die wenig Spielraum zwischen

gebundenen und angewandten Zöllen haben (siehe Fußnote 13, Seite 14), wie Sri Lanka, das seine Zölle bei niedrigen 35 bzw. 50% festgelegt hat (Wiggerthale 2004b). Sie würden nicht „nur“ den politischen Handlungsspielraum verlieren, angewandte Zölle in Zukunft anheben zu können um z.B. Preisschwankungen auszugleichen, sondern müssten ihre tatsächlich an der Grenze erhobenen Zölle substantiell senken.

**Tabelle 3: Zollstrukturen in verschiedenen WTO-Mitgliedsländern**

Land	Durchschnittlicher gebundener Zoll (%)	Durchschnittlicher angewandter Zoll (%)	Spitzenzoll gebunden (%)	Spitzenzoll angewandt (%)
US	6,4	6,4	182,7	182,7
EU	17,4	17,4	456,9	456,9
Brasilien	35,5	12,5	55,0	55,0
Indien	115,1	42,6	300,0	210,0
Kenia	100,0	23,1	100,0	85,0

Quelle: FAO.<sup>30</sup>

Laut Berechnungen der Entwicklungsorganisation Oxfam (2005) würde eine ähnliche Formel, wie sie das Juli-Paket vorsieht, 13 Länder des Südens zur Senkung ihrer tatsächlich angewandten Zölle bei Reis zwingen, darunter Panama, Indien, China und Nicaragua. Das würde den Konkurrenzdruck für die dortigen ReisbäuerInnen drastisch ver-

mittlerem Einkommen nur um 0.6% erhöhen würde (Weisbrot/Baker 2002).

Nichtsdestotrotz wird seit Verabschiedung des Juli-Pakets wild um die Details der Zollreduktionsformel gefeilscht. Hier stehen radikale Liberalisierer wie die USA der EU und G10 gegenüber, die ihre Märkte weniger öffnen wollen. Im Juli 2005 legte die G20 einen Kompromiss vor, der allerdings eine Liberalisierungskeule beinhaltet, die insbesondere von der G10 vehement abgelehnt wurde: Obergrenzen für Agrarzölle, die gelten sollen wenn alle Liberalisierungsverpflichtungen eines künftigen AoA umgesetzt sind. Sie sollen bei 150% (Entwicklungsländer) bzw. 100% (Industrieländer) liegen (WTO 2005a). Verständlich, dass Japan bei einem derzeitigen Spitzenzoll von über 500% auf Reis da nicht mitgehen will.



Photo: Pia Eberhardt, WEED

schärften. Ähnliche Auswirkungen gäbe es bei Milch, Soja, Mais und Weizen. Dabei wäre es unwahrscheinlich, dass der Süden vom Abbau der Zollbarrieren im Norden profitieren könnte. Schätzungen gehen davon aus, dass sich das BIP von Ländern mit geringem bis

<sup>29</sup> Wie im jetzigen AoA sind die LDCs von diesen Verpflichtungen ausgenommen. Das gilt auch für die Vorkehrungen zu (Export-)Subventionen.

<sup>30</sup> FAO (2005): Trade Policy Technical Notes. No.2. Tariff reduction formulae: Methodological issues in assessing their effects, Rom, 7.

Koreanische BäuerInnen protestieren in Cancún gegen die WTO

Soziale Bewegungen kritisieren die G20 als Broker für die Marktöffnungsagenda des Agrobusiness

### Box 8: „Ihre Macht ist nicht unsre“ – Die G20 in der Kritik<sup>31</sup>

Als „Schritt zu neuem Gleichgewicht“ (James Wolfensohn) wurde sie von den Mächtigen dieser Welt gepriesen, im Süden weckte sie Hoffnungen auf eine neue Ära der Nord-Süd-Beziehungen: die Süd-Allianz um Brasilien, Indien, China und Südafrika, kurz G20. Von Seiten der sozialen Bewegungen gab es jedoch von Anfang an heftige Kritik an den Positionen der Gruppe. Die internationale KleinbäuerInnenorganisation Via Campesina sah in ihr einen schlecht getarnten Interessenverband von Agro-Exporteuren und Agrobusiness. Die G20 könnte zwar kurzfristig den Verhandlungszug aufhalten, ihre Liberalisierungsagenda würde aber letztendlich nur die weltweite Krise der bäuerlichen Landwirtschaft verschärfen.

Mit der Einbindung von Indien und Brasilien in die FIPS und der Verabschiedung des Juli-Pakets hat sich diese Kritik verschärft. In einem Statement zivilgesellschaftlicher Organisationen anlässlich des G20-Treffens in Pakistan Anfang September 2005 wird die FIPS als „Broker für die Marktöffnungsagenda des Agrobusiness in Nord und Süd“ kritisiert, die den undemokratischen Entscheidungsprozess in der WTO zusätzlich legitimiere. Eine im März 2005 von 50 indischen Gruppen verabschiedeten „Peoples Agenda for the G20“ fordert Indien und Brasilien auf, die FIPS zu verlassen und das Juli-Paket abzulehnen.

Wie unwahrscheinlich dieses Szenario ist, darauf weisen die Exportagenden beider Länder hin: 42% der Exporte Brasiliens kommen aus der Landwirtschaft, eine horrende Schuldenlast und die starke Lobby des Agrobusiness fordern eine offensive Exportstrategie. Auch für den Nettoagrarexporteur Indien ist Landwirtschaft ein Schwerpunkt der Außenhandelsoffensive 2004-2009. Der Vertreter des brasilianischen Außenministeriums auf dem Weltsozialforum in Bombay könnte mit seiner Einschätzung daher ins Schwarze getroffen haben: Die kritische Zivilgesellschaft sollte demnach weiter daran arbeiten, die WTO zum Entgleisen zu bringen, und sich nicht an Verhandlungsstrategie und Macht der G20 orientieren.

Wie auch immer Zölle in einem künftigen Agrarabkommen gesenkt werden, das Juli-Paket nennt bestimmte Sonderregeln beim Thema Marktzugang. Dazu zählen eine „angemessene Anzahl“ an **„sensiblen Produkten“**, die alle WTO-Mitglieder bestimmen können und die bei der Zollsenkung flexibler behandelt werden. An soziale und ökologische Kriterien gebunden könnte diese Kategorie zwar einen Beitrag zum Schutz der bäuerlichen Landwirtschaft leisten. Allerdings deutet die Weigerung der EU, derartige Kriterien zu thematisieren darauf hin, dass der Norden diese Kategorie nur dazu nutzen will, den Marktzugang bei wenigen Produkten mit Spitzenzöllen von mehreren 100% (z.B. Zucker in der EU oder Reis in Japan) möglichst gering zu halten.

Außerdem nennt das Juli-Paket noch **„spezielle Produkte“** (Special Products, SPs) und einen **„speziellen Schutzmechanismus“** (Special Safeguard Mechanism, SSM) für Entwicklungsländer. Für beide Kategorien setzt sich besonders die G33 ein. Ihre Forderung: Zur Sicherung der Ernährungssicherheit und ländlichen Entwicklung in den Ländern des Südens sollen letztere bestimmte

Produkte von Liberalisierungsverpflichtungen ausnehmen sowie ihre Märkte bei Importfluten und Preisverfall auf dem Weltmarkt automatisch schützen können (WTO 2005b; WTO 2005c). EU und USA geht das zu weit: Wenn Schutzinstrumente, dann bitte nur für einige wenige Produkte, und zwar am besten die mit niedrigen Zöllen, damit der allgemeine Trend der Liberalisierung nicht gefährdet wird. Mengenbeschränkungen kommen als Schutzinstrument schon gar nicht in Frage. Und dass für spezielle Produkte überhaupt keine Marktöffnungszusagen erfolgen sollen, ist auch undenkbar. Schlechte Aussichten also dafür, dass sich SPs und SSM im Verlauf der Verhandlungen zu starken Instrumenten zum Schutz kleinbäuerlicher Landwirtschaft mausern.

<sup>31</sup> Wiggerthale (2004b); Call to the G-20: Stand for the Peasants in the South, Confront the Agribusiness in the North, März 2005, <http://www.oaklandinstitute.org/?q=node/view/157>; G20: Not representing farmers interests. Response to the G20 Ministerial in Pakistan (8-10 September 2005), 31.8.2005, <http://www.ourworldisnotforsale.org/showarticle.asp?search=668>; Bullard, Nicola (2004): G20: Their Power is not Ours, <http://www.focusweb.org/publications/FOT%20pdf/for98.pdf> [3.9.2005].

### Der Süden in der Defensive

Dabei würden selbst die Vorschläge der G33 diesen Schutz nur unzureichend garantieren. So sollen SPs zwar von weiteren Marktöffnungen ausgeschlossen sein, ein Anheben der jetzigen Zölle ist aber nicht vorgesehen. Das maximal Mögliche wäre also eine Beibehaltung des Status Quo. Dabei wäre eine Rücknahme bestimmter Liberalisierungen aus Gründen der Ernährungssicherheit dringend notwendig. Ebenso wie die Wiedereinführung von Mengenbeschränkungen, die aufgrund sinkender Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt einen effektiveren Schutz bieten als Zölle. Sie sind zwar Teil des G33 Vorschlags zur SSM, wären aber dort nur eine zeitlich befristete Schutzmaßnahme.



Photo: Pia Eberhardt, WEED

Sowohl die Erhöhung von Zöllen als auch die Wiedereinführung von Mengenbeschränkungen waren Teil des Vorschlags, eine Development Box im Agrarabkommen zu verankern, der zu Beginn der Agrarverhandlungen kursierte. Dass mit SPs und SSM nur noch zwei Elemente dieses Vorschlags übrig sind, zeigt, wie sehr sich die Länder des Südens in der Defensive befinden (Wiggerthale 2004a).

Erwähnenswerte Ausnahme ist der Diskussionsbeitrag zur Problematik der sinkenden Preise für Rohstoffe wie Kaffee, den einige afrikanische Länder im Juni 2005 eingebracht haben (WTO 2005d). Darin thematisieren sie die strukturelle Überproduktion in

der Landwirtschaft und die „kolossalen“ Machtasymmetrien im Weltagrarhandel. Um das erstere Problem in den Griff zu bekommen, schlagen sie vor, in den rohstoffproduzierenden Ländern die Produktionsmenge zu kontrollieren, sprich, Systeme zur Angebotsregulierung einzuführen. Bezüglich der Marktkonzentration sollen unter dem Dach der WTO erst einmal Diskussionen angestoßen werden. Für das Juli-Paket kamen diese Ideen leider zu spät.

### Mit katastrophalem Fahrplan nach Hongkong

Aus Südperspektive ist das Juli-Paket „eine weitere Etappe auf der Talfahrt mit Endstation Unterentwicklung“ (Wiggerthale 2004a: 5). Für BäuerInnen auf der ganzen Welt ist es ein „Fahrplan in Richtung Katastrophe“, wie es einige philippinische Organisationen ausdrückten. Durch weitere Marktöffnungen werden sie noch schärfer miteinander in Konkurrenz gesetzt. Noch dazu auf einem „Markt“, der auch künftig vor Ungleichheit nur so strotzen wird, denn zu den kolossalen Machtasymmetrien im Agrarhandel schweigt das Juli-Paket. Ebenso wie zu anderen dringlichen Problemen der bäuerlichen Landwirtschaft, allen voran die sinkenden Rohstoffpreise. Einmal mehr geht es in den WTO-Verhandlungen einzig und allein darum, dem Agrobusiness Zugang zu den Märkten dieser Welt zu verschaffen.

Auf der WTO-Ministerkonferenz in Hongkong im Dezember 2005 soll diese Politik in „Modalitäten“ gegossen werden, zumindest wenn es nach EU, USA, Japan und G20 geht. Damit wäre ein beinahe fertiges Agrarabkommen unter Dach und Fach, nur wenige Punkte wie Zahlen für die Zollreduzierung stünden noch aus. Bis Ende 2006 möchten dann zumindest die USA den Abschluss der Verhandlungen. Und damit die Festbeschreibung offener Agrarmärkte in internationalem Recht, das für Jahrzehnte die Parameter setzen wird für Milliarden Menschen, die von der Landwirtschaft leben. „Neuer Konstitutionalismus“ nennt der Politikwissenschaftler Stephen Gill dieses rechtliche „Einschließen“ von offenen Märkten – eine Art Verfassung der konzerngetriebenen Globalisierung der Landwirtschaft.

AktivistInnen in Cancún fordern Süd-Delegationen auf, die WTO-Verhandlungen für immer zu verlassen

### 3.7. Deutsche Butter für die Welt – Die Rolle Deutschlands und der EU in der WTO-Agrarpolitik

Man möchte meinen, das Interesse von EU und Bundesregierung an den Agrarverhandlungen bestünde einzig und allein darin, Verhandlungsmasse zu haben, um Exportinteressen in anderen Bereichen – insbesondere bei Dienstleistungen und Industriegütern – durchzusetzen. Schließlich ist der bäuerliche Bevölkerungsanteil in Deutschland bzw. der EU verschwindend gering. Doch weit gefehlt!

Die Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie ist der größte Industriezweig Europas, etwa 4 Mio. Menschen arbeiten in dem Sektor (CIAA 2005). Allein in Deutschland wurde 2004 ein Umsatz von rund 130 Mrd. € erwirtschaftet. Umsatzzuwächse werden seit Jahren jedoch fast nur im Export erzielt (BVE 2005). Diese Interessen gilt es zu vertreten.

Wie groß ihr Einfluss ist, zeigt ein Zitat des damaligen EU-Handelskommissars und jetzigen Generaldirektors der WTO, Pascal Lamy, von einem Auftritt vor der Vereinigung der Ernährungsindustrien Europas (CIAA) im Vorfeld von Cancún. Über die Position der Ernährungsindustrie meinte Lamy: „Dank dieser klaren Positionen wissen wir Verhandlungsführer, welche Richtung wir einschlagen sollten. Und Ihre Unterstützung bzw. Ihre Position stärkt die unsere [...]“<sup>32</sup>

Wenn die CIAA in ihrem jüngsten Positionspapier (2005) zu den WTO-Verhandlungen ganz selbstverständlich ankündigt, Informationen bereit zu stellen über „Produkte und Länder, bei denen mehr Marktzugang der Schlüssel ist zur Befriedigung der offensiven Interessen der Ernährungs- und Getränkeindustrie“, dann grenzt das folglich nicht an Größenwahn.

Diese offensiven Interessen zu vertreten, heißt im Kontext der WTO: auf Marktöffnungen in anderen Ländern drängen. Genau das findet Ausdruck in der ablehnenden Haltung der EU gegenüber den G33-Vorschlägen zu SPs und SSM. Aufgrund der höheren Zölle im Süden, gibt es dort hohe Marktanteile zu gewinnen, und die dürfen nicht durch Ausnahmeregelungen untergraben werden.

Die Interessen der Ernährungsindustrie vertreten heißt aber auch, Exportsubventionen nur zu senken, wenn die EU-internen Preise mit denen auf dem Weltmarkt konkurrieren können. Es heißt weiterhin, in der EU Zölle für Rohstoffe, die auf dem Weltmarkt billiger zu haben sind, abzubauen. Die



Photo: Celine Bernard, Friends of the Earth.

Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie (BVE), in der von der Zuckerindustrie über Nestlé Deutschland bis zu Unilever alles vertreten ist, was auf dem hiesigen Markt Rang und Marktanteile hat, macht das deutlich. In ihren Wahlprüfsteinen 2005 (20) heißt es: „Ein Zollabbau und die Rückführung der Ausfuhrerstattungen können nur im Gleichschritt mit einer Senkung der EU-Rohstoffpreise [...] erfolgen.“ Da trifft es sich gut, dass die EU die Preise für die Produkte, die derzeit den Großteil der Exportsubventionen benötigen – Zucker und Milchprodukte – radikal senken will.

<sup>32</sup> Von Doha nach Cancún – Herausforderungen und Möglichkeiten der WTO-Verhandlungen für die europäische Ernährungsindustrie, Vereinigung der Ernährungsindustrien der EU, Brüssel, 19. Juni 2003, [http://europa.eu.int/comm/archives/commission\\_1999\\_2004/lamy/speeches\\_articles/spla173\\_de.htm](http://europa.eu.int/comm/archives/commission_1999_2004/lamy/speeches_articles/spla173_de.htm) [9.9.2005].

EU-Handelskommissar  
Peter Mandelson an den  
Strippen europäischer  
Konzerne

### 3.8. Fazit: Liberalisierung als Protektionismus der Mächtigen

Vandana Shiva hat einmal gesagt, Freihandel sei der Protektionismus der Mächtigen. In der Tat hat die Liberalisierungspolitik der letzten Jahrzehnte die Machtverhältnisse im Agrarhandel zementiert. Während die Macht des Agrobusiness mit jeder Fusion gestiegen ist, gehören BäuerInnen und LandarbeiterInnen zu den Auskonkurrierten. Sie sind „die Hamster im Rad, das ein expandierendes Empire des Agrobusiness antreibt“ (NFU: 2003). Und während der Süden mehr denn je von Nahrungsimporten abhängt, garantiert die Ausrichtung seiner Landwirtschaft auf den Export einen stetigen Fluss von Devisen zur Schuldentilgung in den Norden. Das alles zum Preis der Eliminierung alternativer landwirtschaftlicher Modelle wie der Subsistenzwirtschaft oder dem kleinbäuerlichen ökologischen Landbau und der Zerstörung der Natur.

Die laufenden WTO-Agrarverhandlungen werden daran nichts ändern. Im Gegenteil: Es geht ja den Herrschenden genau darum, dem transnationalen Agrobusiness Tür und Tor zu noch billigeren Lebensmitteln und noch mehr Absatzmärkten zu öffnen. Und diese offenen Märkte in einem „neuen Konstitutionalismus“ rechtlich festzuschreiben. Es geht dagegen nicht darum, die schwächsten Glieder der Gesellschaft zu schützen. Deshalb haben Vorschläge, die die Logik der Liberalisierung angreifen, wie die Development Box, keine Chance auf Realisierung. Oder sie werden bis zur Unkenntlichkeit verwässert, wie das vermutlich im Falle von SPs und SSM geschehen wird. Gravierende Probleme wie sinkende Rohstoffpreise und die Macht des Agrobusiness werden deshalb gar nicht erst thematisiert. Für die Hamster im Rädchen heißt es daher vorerst: Schneller laufen!

Die Liberalisierungspolitik hat die Machtverhältnisse im Agrarhandel zementiert

## 4. Die Heimliche Attacke – GATS und Landwirtschaft

*„Das GATS ist nicht nur eine Angelegenheit zwischen Staaten. Vor allem ist es ein Instrument zum Nutzen der Wirtschaft.“*

Europäische Kommission, 1998<sup>33</sup>

Dienstleistungen spielen eine große Rolle für die Herstellung und den Handel landwirtschaftlicher Produkte. Ob sie Kredite aufnehmen müssen, um Maschinen und Saatgut finanzieren zu können, ob sie ihre Produkte zum

nächsten Markt transportieren oder im Supermarktregal anbieten wollen – überall sind BäuerInnen auf Dienstleister angewiesen. Damit sind sie vom GATS betroffen, dem Dienstleistungsabkommen der WTO.

### 4.1. Das GATS auf einen Blick

Das Allgemeine Dienstleistungsabkommen GATS (General Agreement on Trade in Services) ist das erste multilaterale Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen. Sein Regelungsbereich umfasst die gesamte Palette des Sektors: von Finanz- und EDV-Dienstleistungen über Tourismus und Verkehr bis hin zu öffentlichen Basisdienstleistungen wie Bildung, Gesundheit und Wasser.

Langfristiges Ziel des GATS ist es, diese Sektoren weltweit vollständig zu liberalisieren, d.h. alle Handelshemmnisse abzubauen. Als solche gelten Gesetze und Verordnungen, Standards

und Qualitätsanforderungen, die den Handel bzw. Investitionen im Bereich Dienstleistungen „mehr als notwendig“ einschränken. Es geht beim GATS also um die Aushebelung von Steuerungsinstrumenten und Regulierungsmöglichkeiten.

Seit dem Jahr 2000 wird das Abkommen neu verhandelt. Insbesondere die USA, Kanada, EU und Japan drängen auf eine weitere Liberalisierung aller Dienstleistungssektoren. Sie haben daher aggressive Marköffnungsforderungen an die anderen WTO-Mitgliedsländer gestellt.

Das GATS findet bis zur lokalen Ebene Anwendung

### 4.2. Die Folgen von Dienstleistungsliberalisierung für die Landwirtschaft

Agrarpolitiken sind insbesondere deshalb vom GATS betroffen, weil das Abkommen nicht nur nationale Regulierungen einschränkt, sondern bis auf die lokale Ebene durchgreift. Liberalisierungen im Rahmen des GATS können in folgenden Sektoren negative Auswirkungen auf lokale Agrarpolitiken haben (vgl. Brot für die Welt/Weed/EED 2003):

**Finanzdienstleistungen:** BäuerInnen brauchen Zugang zu günstigen Krediten, um ihre Produktion aufrechterhalten zu können. Liberalisierungen im Bankensektor können diesen Zugang jedoch gefährden. In Mosambik haben sie zu einem Rückgang der Zahl von Banken in ländlichen Regionen geführt.

Aufgrund des schlechten Transportsystems konnten die BäuerInnen nicht einfach zu einer weiter entfernten Bank fahren. Zudem wurde das Angebot an Kleinstkrediten zusammengestrichen (Woodroffe 2002: 47). In den GATS-Verhandlungen fordert die EU nun von 84 Ländern die Liberalisierung von Finanzdienstleistungen.

**Wasser:** Die Landwirtschaft ist der größte Wassernutzer. Weltweit hat sie einen Anteil von etwa 70% am gesamten Wasserverbrauch. In manchen Ländern des Südens beträgt er bis zu 90%.

<sup>33</sup> Europäische Kommission (1998): GATS 2000. Öffnung der Dienstleistungsmärkte. Luxemburg.

Mit Hilfe des GATS möchte die EU Wassermultis wie RWE, Vivendi/Veolia oder Suez Zugang zu den weltweiten Wassermärkten verschaffen. An 72 Länder stellt sie in den laufenden GATS-Verhandlungen Forderungen im Bereich der Wasserversorgung, darunter zahlreiche Länder des Südens. Wenngleich TNK hauptsächlich an der lukrativen städtischen Versorgung interessiert sind, ist zu befürchten, dass auch der ländliche Raum negativ betroffen sein könnte, wenn einzelnen Gebieten der Hahn abgedreht wird und die Preise für das blaue Nass steigen. Beides ist schon häufig eingetreten, wenn TNK die Wasserversorgung übernommen haben – im Norden wie im Süden.

**Energie:** Landwirtschaftliche Unternehmen mit Energiebedarf sind angewiesen auf eine kontinuierliche und günstige Versorgung mit Strom. Die Liberalisierung bzw. Privatisierung der öffentlichen Energieversorgung stellt dafür eine Gefahr dar. So stiegen die Strompreise im indischen Bundesstaat Orissa nach der Privatisierung beispielsweise um 15%. Zudem gab es vermehrt Stromausfälle und die notwendigen Investitionen in den Ausbau von Leitungsnetzen in ländlichen Gebieten fanden nicht statt.<sup>34</sup> Dennoch stellt die EU in den GATS-Verhandlungen an 46 Länder Forderungen zur Marktöffnung im Energiesektor.

**Transport:** Um ihre Produkte an die VerbraucherInnen zu bringen, sind BäuerInnen von Transportmitteln abhängig. In südlichen Ländern ist das häufig ein Hindernis für den Zugang zum heimischen und insbesondere zum Exportmarkt. Erfahrungen mit Bahnprivatisierungen zeigen, dass private Anbieter

den Zugang zu Verkehrsmitteln häufig weiter beschneiden, z.B. durch höhere Preise oder die Stilllegung von Strecken. Nichtsdestotrotz fordert die EU in den GATS-Verhandlungen beispielsweise von Indien die Liberalisierung des Schienen- und Straßengüterverkehrs.

**Großhandel:** Aufgrund dieser Rubrik im GATS fällt auch die staatliche Regulierung von Handelsunternehmen wie Chiquita oder Cargill unter die Regeln des Abkommens. So griffen die USA in einem WTO-Streitfall auf Grundlage des GATS die Bevorzugung karibischer Bananenhändler durch die EU gegenüber Chiquita & Co an. Deren Monopolstellung wurde schon in Kapitel 2.1. dargestellt. Durch den weiteren Abbau von Regulierungen und ein Verbot der Begünstigung kleinerer Händler würde ihre Macht abgesichert und ausgeweitet.

**Einzelhandel:** Große Einzelhandelskonzerne haben enormen Einfluss darauf, was und von wem, wo und zu welchem Preis produziert wird (siehe Kapitel 2.1). Eine weitere Liberalisierung des Einzelhandels im Rahmen von GATS würde ihnen noch mehr Macht verleihen. So dürfen die EU-Staaten aufgrund ihrer GATS-Verpflichtungen außereuropäischen Supermärkten schon jetzt keine Beschränkungen mehr hinsichtlich der Zahl der Filialen in einer Region machen. Das kann aber sinnvoll sein, um kleine, innerstädtische Geschäfte zu schützen. Und es bietet BäuerInnen nähere Vermarktungswege und mehr Abnehmer. Die EU selbst fordert in den laufenden GATS-Verhandlungen von 60 Ländern, ihren Einzelhandelsmarkt zu liberalisieren (siehe Box 9; Bormann/Deckwirth/Teepe 2005).

Der Abbau von Regulierungen würde die Macht von Chiquita, Cargill & Co. ausweiten

<sup>34</sup> Dickhaus, Barbara (2005): Kurzschluss. Privatisierung von Energieversorgung im Süden und die Rolle von Konzernen, Weltbank und GATS, Bonn: WEED, 27.

### Box 9: Tesco statt „Mama-und-Papa“ – Europas Griff nach dem thailändischen Einzelhandel

In Thailand hat die Liberalisierung des Einzelhandels in den 80er und 90er Jahren zu einer Verdrängung traditioneller Geschäfte, den so genannten „Mom-and-Pop-Shops“ geführt. Während sie 1997 noch 74% Marktanteile besaßen, waren die 2002 auf 60% geschrumpft. Um die weitere Expansion von Ketten wie der britischen Tesco oder der französischen Carrefour zu bremsen, versuchte die thailändische Regierung im Jahr 2002 eine gesetzliche Re-Regulierung des Marktes. So sollten beispielsweise große Supermärkte nur mindestens 15km außerhalb von Stadtzentren errichtet werden können.

Ende Juli 2002 legte jedoch die EU ihre GATS-Forderungen an Thailand vor, die u.a. auf eine uneingeschränkte Öffnung des Einzelhandels für europäische Konzerne abzielen. Im November gab die thailändische Regierung dann bekannt, dass sie den Entwurf für ihr neues Einzelhandelsgesetz fallen lassen würde. Die Begründung lieferte der Handelsminister wenig später in der Tageszeitung The Nation: „Wir geben diesen Gesetzentwurf nur auf, weil wir dem Ausland kein falsches Signal geben wollen. Jede Verabschiedung von Bestimmungen, die von der internationalen Gemeinschaft nicht allgemein akzeptiert werden, würde unsere Verhandlungsposition in Freihandelsvereinbarungen schwächen.“

Die GATS-Forderungen der EU haben also bereits Wirkung gezeigt. Sollte Thailand seinen Einzelhandel den GATS-Prinzipien gänzlich unterwerfen, würde es auch für die Zukunft die Möglichkeit verlieren, die Ansiedelung ausländischer Supermärkte zu regulieren.

Quellen: Brot für die Welt/Weed/EED (2003): 10f; Bormann/Deckwirth/Teepe (2005): 73.

Wenn im Rahmen von Liberalisierungen die Versorgungslage bei Energie, Wasser und Transport schlechter wird und die Preise nach oben klettern, bedeutet das für die bäuerliche Landwirtschaft ein Mehr an Produktionskosten. Und damit häufig eine hohe Verschuldung, die Aufgabe von Höfen und im schlimmsten Fall Selbstmord (siehe Kapitel 2.1.). Doch auch die Umstellung der Landwirtschaft auf



Photo: Malte Kreuzfeldt, Attac

Produkte mit niedrigeren Inputkosten bzw. höheren Erlösen kann die Grundnahrungsmittelproduktion und damit die Ernährungssicherheit untergraben. Steigende Wasserkosten könnten z.B. dazu verleiten, Baumwolle anstelle von Reis anzubauen.

### Bahn frei für Investoren

Zusätzlich zu Liberalisierungen in einzelnen Bereichen wie dem Einzelhandel oder Wasser greift die EU Auflagen an, die für Investitionen in allen Dienstleistungssektoren gelten. In ihren GATS-Forderungen fordert sie die Abschaffung folgender Regulierungen (Brot für die Welt/Weed/EED 2003):

- Indonesien: Hier müssen TNK Joint Ventures gründen, wenn sie sich im Land niederlassen wollen, z.B. um eine Supermarktfiliale zu errichten.
- Malaysia: Ein Gesetz verbietet den Kauf von Land zu rein spekulativen Zwecken.
- Taiwan: In der Land-, Forst-, Jagd-, Fischerei- und Weidwirtschaft und in Quellengebieten dürfen ausländische Gesellschaften kein Land kaufen.

Die Beseitigung derartiger Investitionsbeschränkungen begünstigt Konzentrationsprozesse und sie schreibt bestehende Konsolidierungen – wie z.B. im thailändischen Einzelhandel – in internationalem Recht fest.

Anti-GATS-Aktion von Attac im Bundestag



### 4.3. Fazit: Dienstleistungsliberalisierung auf dem Rücken der Landwirtschaft

Wenn die EU als Gegenleistung für ihre „Zugeständnisse“ in den Agrarverhandlungen von den Ländern des Südens verlangt, auf ihre GATS-Forderungen einzugehen, dann grenzt das an Zynismus. Nicht nur, weil die vermeintlichen Zugeständnisse keine sind, sondern weil die Liberalisierung der Dienstleistungsmärkte erhebliche Risiken für die Landwirtschaft bergen. Auf der einen Seite drohen höhere Produktionskosten durch steigende Ausgaben für Wasser, Kredite und Transport. Auf der anderen Seite winken weitere Konzentrationsschübe

und damit Machtzuwächse für Groß- und Einzelhandel. Die ProduzentInnen werden dazwischen ausgequetscht wie Zitronen. Das werden insbesondere Konzerne wie Cargill zu nutzen wissen, die in beinahe allen (Dienstleistungs-) Gliedern der Agro-Wertschöpfungskette präsent sind – von der Kreditvergabe über den Transport bis zum Großhandel. Die Liberalisierung von Dienstleistungen verschiebt damit die Kräfteverhältnisse in der Landwirtschaft zugunsten des Agrobusiness.

## 5. Umkämpfte Natur – Gentechnik und die Aneignung natürlicher Ressourcen

*„Die Herstellung von genetisch veränderten Organismen ist eine Herrschaftstechnik, und die Patentierfähigkeit ist das Hauptinstrument dieser Herrschaft.“*

José Bové, Confédération Paysanne<sup>35</sup>

Nach einem Jahrzehnt kommerzieller Agro-Gentechnik – 1994 kam die Anti-Matsch-Tomate „Flavr Savr“ auf den US-Markt – ist der Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft weiter umkämpft.<sup>36</sup> Dennoch breitet sie sich rasant aus: Zwischen 1996 und 2002 ist der Umsatz an transgenem Saatgut von weltweit 280 Mio. US\$ auf 4.700 Mio. US\$ explodiert – ein 17-facher Anstieg in neun Jahren (ETC Group 2005)! Inzwischen werden auf einer Fläche von über 80 Mio. Hektar gentechnisch veränderte Soja-, Baumwoll-, Mais- und Rapssorten angebaut – der Großteil in

den USA (66%), Argentinien (23%) und Kanada (6%).

Handelsabkommen spielen für den Eroberungsfeldzug der Agro-Gentechnik eine wichtige Rolle: Das TRIPS-Abkommen der WTO fungiert als international rechtliches Instrument zur Jagd auf genetische Ressourcen. Zudem gibt der WTO-Gentechnik-Streitfall zwischen der EU und den USA einen Vorgeschmack darauf, wie Handelsrecht in Zukunft genutzt werden könnte, um den Widerstand einzelner Länder gegen Genfood zu brechen.

### 5.1. Zwangsfütterung mit Genfood? – Der Gentechnik-Streitfall

Der WTO-Gentechnik-Streitfall zeigt, wie Handelsrecht genutzt werden könnte, um den Widerstand gegen Genfood zu brechen

Im Mai 2003 reichten die USA vor der WTO Klage gegen die EU ein. Seit 1998 gab es dort ein de facto Moratorium für die Zulassung von gentechnisch veränderten Organismen (GVO). Zudem hatten einige EU-Staaten Vermarktungs- und Einfuhrverbote für schon zugelassene GVO verhängt. Laut USA sind das unzulässige Handelshemmnisse. Argentinien und Kanada schlossen sich dieser Argumentation an. Die Interessen der Kläger liegen auf der Hand: Ihre Konzerne produzieren 95% aller weltweiten GV-Lebensmittel (Hundsdoerfer 2005).

Wenngleich der Bericht des WTO-Schiedsgerichts noch aussteht, hat die EU-Kommission in vorauseilendem Gehorsam neuen GVO längst den Weg geebnet: 2004 hob sie das Moratorium für die Zulassung zweier Maissorten von Syngenta und Monsanto auf. Am liebsten würde sie auch die nationalen Einfuhrverbote kippen, allerdings haben die Mitgliedstaaten schon zweimal gegen dieses Vorhaben gestimmt.

Trotz der Rolle der Kommission als Helfershelferin der Gen-Giganten – eine Niederlage der EU vor dem WTO-Gericht wäre eine Katastrophe. Die USA würden dann wahrscheinlich auch die EU-Regelungen zur Kennzeichnung von Genfood ins Visier nehmen.<sup>37</sup> Außerdem würde das Urteil den WTO-Mitgliedern das Recht absprechen, eine vorsorgende Umwelt- und Verbraucherschutzpolitik zu verfolgen. Das würde z.B. die afrikanischen Staaten unter Druck setzen, die US-Nahrungsmittelhilfe in Form von Genmais bisher ablehnen. Erst im Juli 2005 hat Ghana erklärt, dass es weder Genfood noch -pflanzen importieren werde.

<sup>35</sup> Bové/Dufour (2001): 136.

<sup>36</sup> Hier kann nicht näher auf alle Risiken der Gentechnik eingegangen werden. Einen guten Überblick bieten Greenpeace ([www.greenpeace.de/themen/gentechnik/](http://www.greenpeace.de/themen/gentechnik/)) und das Gen-ethische Netzwerk ([www.gen-ethisches-netzwerk.de](http://www.gen-ethisches-netzwerk.de)).

<sup>37</sup> Seit April 2004 müssen in der EU Lebens- und Futtermittel gekennzeichnet werden, bei deren Herstellung GVO verwendet wurden. Das gilt auch, wenn keine GVO im Endprodukt nachweisbar sind.

## 5.2. Feindliche Übernahme – Inwertsetzung der Natur durch TRIPS

Trotz des Booms von transgenem Saatgut werden etwa 80% des Saatgutmarktes noch nicht von TNK kontrolliert (Wullweber 2004: 258). BäuerInnen, die einen Teil ihrer Ernte aufheben und im nächsten Jahr wieder aussäen, sind ihre eigenen SaatgutproduzentInnen.

Eine Möglichkeit, diesen so genannten Nachbau zu verhindern sind Gesetze, die ihn zum Eigentumsdelikt machen. Oder zu einer teuren Angelegenheit, wie in Deutschland, wo das Sortenschutzrecht zwar erlaubt, einen Teil der Ernte geschützter Sorten für die Wiederaussaat aufzubewahren, BäuerInnen dann aber bei der Aussaat Nachbaugebühren an die Züchter zahlen müssen. Noch effektiver

als das Sortenschutzrecht sind Patente, denn über sie können gleich mehrere Pflanzenarten auf einmal geschützt werden – alle, in die ein bestimmtes Gen eingebaut wird. Ein Patent von Monsanto umfasst beispielsweise gleich 18 Nutzpflanzen!

Erst wenn Züchter und Konzerne auf traditionelle Saatgutsorten, die sie sich angeeignet und dann per Gentechnik verändert haben, ein Monopol erlangen und Lizenzgebühren erheben, wird das „grüne Gold der Gene“ zur wahren Goldgrube. Weltweit ein Mindestmaß an derartigen Schutzrechten zu garantieren, ist die Funktion des TRIPS-Vertrags.

Monopolrechte und Lizenzgebühren machen Gene zur wahren Goldgrube

### Box 10: Das TRIPS-Abkommen auf einen Blick

Mit dem TRIPS (Trade Related Aspects of Intellectual Property Rights) wurde erstmals der Schutz geistiger Eigentumsrechte ins multilaterale Handelssystem integriert. Darunter fallen Patente und Copyrights, aber auch geographische Herkunftsangaben wie Parmaschinken oder Champagner, mit denen bestimmte Qualitäten verbunden werden. Geistige Eigentumsrechte sichern ein Monopol auf Zeit über eine Erfindung oder anderes nützliches Wissen.

Bisher hatten Länder sehr unterschiedliche Systeme zum Schutz geistigen Eigentums. In Indien gab es z.B. keine Patente auf Medikamente und Saatgut. Das TRIPS verpflichtet die WTO-Mitglieder jedoch, einheitliche Standards bei der Ausgestaltung ihrer Rechtssysteme einzuhalten. So müssen Pflanzensorten entweder patentiert werden oder es muss ein gleichwertiges Schutzsystem geben. Damit erlaubt das TRIPS grundsätzlich Patente auf Leben. Der entsprechende Paragraph (27.3 (b)) gehört zu den Aspekten des TRIPS, die im Rahmen der Doha-Runde aktuell überprüft werden.

Die weltweite Stärkung geistiger Monopolrechte durch das TRIPS ist aus bäuerlicher Sicht in vielerlei Hinsicht problematisch:

**Anstieg der Produktionskosten:** Für geschütztes Saatgut und Technologien werden BäuerInnen unverhältnismäßig zur Kasse gebeten. Das US-Landwirtschaftsministerium schreibt: „Ein Patent schützt seinen Besitzer vor Konkurrenz und erlaubt ihm, höhere Preise zu erheben als sie ein effizienter Markt und der Wettbewerb erlauben würde.“<sup>38</sup> Das gilt sowohl für landwirtschaftliche Technologien als auch für Saatgut.

**Biopiraterie:** Genraub, d.h. die Sammlung genetischer Ressourcen ohne Einverständnis der Herkunftsgebiete ist so alt wie die koloniale Expansion Euro-

pas. Aber erst private Eigentumsrechte an Pflanzen und Tieren ermöglichen Laboren und Konzernen, andere von ihrer Nutzung auszuschließen – selbst diejenigen, die sie jahrhundertlang verwendet und gezüchtet haben (siehe Box 11).

**Konzentration des Saatgutmarktes:** Dass der US-Saatgutmarkt heute von fünf Firmen dominiert wird, hat viel mit dem Patentboom in der Biotechnologie zu tun. Denn Patente führten unter den einst zahlreichen Unternehmen zu Konflikten über die Nutzung von Sorten. Fusionen und Übernahmen waren letztendlich der kostengünstigste

<sup>38</sup> USDA (2001): Concentration and Technology in Agricultural Input Industries, Agriculture Information Bulletin Number 763, Washington, 4.

Weg zur Beilegung dieser Streitigkeiten und ersparten künftige Konflikte (Commission on Intellectual Property Rights 2002).

**Einschränkung von Agrarforschung:** Patentierte Ressourcen können von Dritten nicht einfach für Forschungszwecke verwendet werden. Insbesondere für öffentliche Institute



wird es immer schwieriger, frei darüber zu verfügen. Denn mehr und mehr Agrarpatente werden vom Privatsektor gehalten – bei insekten-resistenten Sorten wuchs sein Anteil von 50% in den 80ern auf 77% im Jahr 1994. Die

private Forschung wird jedoch eher vom Streben nach Profit angetrieben als von dem nach Ernährungssicherheit (Commission on Intellectual Property Rights 2002).

**Rückgang von Sorten:** Die Konzentration der Rechte an Pflanzensorten in den Händen weniger Konzerne hat zu einem dramatischen Verlust biologischer Vielfalt geführt. Jüngstes Beispiel ist der Kampf um „Linda“, die Königin der deutschen Kartoffel: Obwohl der Schutz für die Sorte erst Ende 2006 ausgelaufen wäre, zog der Inhaber, die Firma Böhm/Europlant, die Zulassung im Dezember 2004 zurück. Der Grund: Sie wollte eine neue Kreation auf den Markt bringen. Damit durfte 2005 kein Vermehrungsmaterial der Linda gehandelt werden. BäuerInnen, die die Sorte gerne weiter anbauen wollten, hätten für eine neue Erlaubnis Gebühren zahlen und zwei Jahre warten müssen. Sie stellten sich jedoch quer und dürfen Linda-Saatgut jetzt erstmal bis 2007 aussäen ([www.kartoffelvielfalt.de](http://www.kartoffelvielfalt.de)).

### Box 11: „Cupuaçu gehört uns allen“ – Biopiraterie konkret

Cupuaçu heißt ein seit Jahrhunderten in Brasilien wachsender Tropenbaum. Doch 1999 wurde der Name als Marke geschützt – von der japanischen Firma Asahi Co. Sie hatte beim Europäischen Patentamt in München auch gleich ein Patent auf die Herstellung von Cupulate beantragt, einer Art Schokolade aus den Kernen der Cupuaçu-Frucht. Als KleinbäuerInnen im Jahr 2002 Süßigkeiten aus dem Fruchtfleisch der Frucht exportieren wollten, drohte Asahi mit Strafen. Cupuaçu-Produkte durften nicht als solche vertrieben werden. Daraufhin entstand in Brasilien und in Deutschland eine Kampagne unter dem Slogan „O Cupuaçu é nosso!“ – „Cupuaçu gehört uns allen!“. Inzwischen hatte ihre Einwendung beim Patentamt in München Erfolg: Im Juni 2005 wurde der Patentantrag für ungültig erklärt. Auch die Marke ist inzwischen gekippt und Cupuaçu wieder frei benutzbar.

Quelle: [www.biopiraterie.de](http://www.biopiraterie.de)

### Das Leben zur Ware machen

Patente und andere Schutzrechte auf genetische Ressourcen sind grundsätzlich problematisch. Denn damit wird kollektiv genutzte Biodiversität in Privateigentum umgewandelt. Im globalen Maßstab bedeutet das die Enteignung des Südens als Hort der biologischen Vielfalt durch den Norden, der die wissenschaftliche, technische und juristische Infrastruktur hat, um diese Vielfalt zu analysieren und in Wert zu setzen. Die Bilanz: 97% aller

Patente sind in den Händen der Industrieländer, schätzungsweise neun Zehntel davon gehören TNK. Es ist daher nicht überraschend, dass US-Multis wie Pfizer, DuPont und Monsanto zu den Ghostwritern des TRIPS-Abkommens gehörten (The Corner House 2004).

Innerhalb der WTO stellt derzeit allein die Afrikanische Gruppe die Kommerzialisierung natürlicher Ressourcen in Frage: „Patente auf Lebensformen sind unethisch und das TRIPS-Abkommen

97% aller Patente sind in den Händen der Industrieländer, neun Zehntel davon gehören TNK

sollte sie verbieten“, heißt es eindeutig in einer Eingabe aus dem Jahr 2003 (WTO 2003:1). Sowohl EU als auch USA sind dagegen eher an einer Verschärfung geis-

tiger Eigentumsrechte interessiert und treiben diesen Prozess in bilateralen und regionalen Verhandlungsforen voran (siehe Kapitel 6).

### 5.3. Fazit: Legalisierung von Enteignung und Abhängigkeit

Das Tandem „Gentechnik & geistige Eigentumsrechte“ ermöglicht die Aneignung und ultimative Kontrolle des wichtigsten landwirtschaftlichen Produktionsmittels durch TNK: Saatgut. Denn wenn sie Pflanzen gentechnisch manipulieren, können sich TNK ihre Kreationen schützen lassen und werden zu Eigentümern an der Natur. Damit können sie bestimmen, was überhaupt noch angebaut wird und in welche Richtung geforscht werden soll. Für BäuerInnen weltweit bedeutet das eine wachsende Abhängigkeit.

Das TRIPS sichert diese Abhängigkeit im globalen Maßstab rechtlich ab. Selbst WTO-Apologeten wie der Harvard Professor für internationale politische Ökonomie Dani Rodrik fordern daher längst seine Abschaffung. In der Juli/August

Ausgabe 2005 der Zeitschrift *Foreign Affairs* schreibt Rodrik gemeinsam mit zwei weiteren AutorInnen:

„Eine internationale Gemeinschaft, die TRIPS und ähnliche Verträge gut heißt, straft alle Reden von Entwicklungsfreundlichkeit Lügen. Das muss sich ändern: Die reichen Länder können TRIPS nicht einfach nur durch Anhänge verändern; sie müssen es gänzlich abschaffen.“<sup>39</sup>

Davon sind die WTO-Mitglieder jedoch weit entfernt. Sollte nun im Gentechnik-Streitfall auch noch ein Präzedenzsurteil gefällt werden, das ihnen das Recht abspricht, ihre Landwirtschaft gentechnikfrei zu halten, wäre auch die Gentechnik auf Äckern und Tellern weltweit ein *fait accompli*.

TRIPS abschaffen!

<sup>39</sup> Birdsall, Nancy/Rodrik, Dani/Subramanian, Arvind (2005): How to Help Poor Countries, in: *Foreign Affairs* 84:4, 136-152, 144.

## 6. Agrarhandelspolitik zwischen Bi- und Multilateralismus

*„Regionale Integration ist [...] keine Alternative zu multilateraler Liberalisierung, sondern ein komplementärer Prozess. Vielfach kann die regionale Ebene als Testfeld für neue Politiken dienen, die – soweit sie erfolgreich sind – auf den multilateralen Kontext übertragen werden können.“*

Europäische Kommission, 19. November 2004<sup>40</sup>

Mehrspurige Autobahn mit einem Ziel: Marktöffnung für TNK und ihre Absicherung durch Monopolrechte

Handelsliberalisierung und der Schutz von Eigentumsrechten werden nicht nur im Rahmen der WTO festgeschrieben, sondern auch in bilateralen und regionalen Verträgen. Deren Zahl ist in den letzten Jahren sprunghaft angestiegen: Im Oktober 2003 gab es rund 250 regionale Freihandelszonen, darunter die EU, NAFTA und der südamerikanische Freihandelsblock MERCOSUR (Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay). Aktuell werden weitere Abkommen ausgehandelt, beispielsweise zu einer gesamtamerikanischen Freihandelszone von Alaska bis Feuerland (Free Trade Area of the Americas, FTAA). Die EU verhandelt momentan u.a. mit dem MERCOSUR und den AKP-Staaten; Freihandelsabkommen mit Mexiko und Chile sind bereits unter Dach und Fach (Weed/EED 2005).

Landwirtschaft spielt in all diesen Verhandlungskontexten eine große Rolle, allerdings mit einem gravierenden Unterschied zur WTO: Subventionen stehen i.d.R. nicht auf der Agenda, sondern nur die Frage des Marktzugangs. Für die bäuerliche Landwirtschaft bringt das die gleichen Probleme mit sich wie Agrarliberalisierung im multilateralen Kontext. Das legt eine Studie der Londoner Consultants „PricewaterhouseCoopers“ nahe – mitnichten ein Hort anti-neoliberalen Gedankenguts. Über die laufenden Verhandlungen zwischen der EU und den AKP-Staaten schreiben sie:

„Da die AKP-Staaten relativ hohe Zölle auf Nahrungsmittel erheben, kann deren Abschaffung zu einem Anstieg der Importe aus der EU führen. Wenn diese Produkte dann mit der heimischen Produktion konkurrieren, können sie die Entwicklung von weiterverarbeitenden Industrien in den AKP-Ländern ausbremsen.“<sup>41</sup>

Auch den Mittelmeerrainern und dem MERCOSUR konnte die EU bereits weitreichende Marktöffnungen abringen, um ihre aggressiven Exportinteressen zu befriedigen. Gleichzeitig gelingt es ihr häufig, Agrarimporte von ihrem Markt fernzuhalten. Oder sie werden von europäischen Exporteuren kontrolliert, wie im Falle von mexikanischen Blumen, die fest in der Hand niederländischer Unternehmen sind (WEED/EED 2005).

Gleich einer mehrspurigen Autobahn haben die verschiedenen Foren von Handelspolitik – bilaterale, regionale und multilaterale – nur ein Ziel: Marktöffnung für TNK und ihre Absicherung durch Monopolrechte. Um das zu erreichen, werden die Spuren gegebenenfalls gewechselt, z.B. wenn es wie nach dem Scheitern von Cancún auf der multilateralen Spur erst einmal stockt. So nutzen sowohl EU als auch USA bilaterale und regionale Abkommen, um anderen Ländern wesentlich schärfere Bestimmungen zum Schutz geistiger Eigentumsrechte aufzuzwingen als TRIPS sie vorsieht. Ebenfalls streben sie weitreichendere Dienstleistungsliberalisierungen an als im GATS (WEED/EED 2005). Nichtsdestotrotz spielt der multilaterale Rahmen der WTO im Liberalisierungskonzert die erste Geige, nicht zuletzt aufgrund seiner beinahe weltumspannenden Mitgliedschaft und des effektiven Streitschlichtungsmechanismus. Aus bäuerlicher Sicht müsste das ganze Orchester andere Musik machen, die gesamte Autobahn in eine andere Richtung gehen.

<sup>40</sup> Europäische Kommission (2004): Trade Policy in the Prodi Commission 1999-2004 – An Assessment, Brüssel.

<sup>41</sup> Zitiert in Christian Aid (2004): Taking Liberties. Poor people, free trade and trade justice, 27.

## 7. Widerstand keimt auf – Gegenkräfte und -konzepte

*„Die WTO und regionale Handelsabkommen zerstören unsere Lebensgrundlage, unsere Kultur und unsere Umwelt. Die Ungerechtigkeit und die Zerstörung, die diese Politiken verursachen, können und werden wir nicht tolerieren [...]. Wir BäuerInnen geben uns nicht geschlagen. Wir sind stark und entschlossen und wir sind die Mehrheit der Weltbevölkerung [...]. Die Zukunft gehört uns.“*

Via Campesina, 2000<sup>42</sup>

Widerstand gegen die konzerngetriebene Globalisierung der Landwirtschaft regt sich an vielen Orten. Menschen wehren sich gegen die Patentierung von Cupuaçu in Brasilien und gegen Nachbaugebühren in Deutschland. Sie verteidigen ihre Wasserversorgung vor dem Zugriff transnationaler Wassermultis, sie zerstören Felder, auf denen Genfood angebaut wird und besetzen Läden, die GM-Saatgut verkaufen. Oder sie besetzen Land, um überhaupt Landwirtschaft betreiben zu können.

Wenngleich es bei diesen Formen direkter Gegenwehr vielfach darum geht, Bestehendes zu bewahren und die weitere Expansion des Agrobusiness aufzuhalten, so bilden sie doch den Grundstein für eine andere Landwirtschaft. Wenn BäuerInnen in Indien Zonen schaffen, in denen sie frei von Chemikalien, Gentechnik und kommerziellem Saatgut produzieren, dann öffnet das Räume, in denen neoliberale Verwertungslogiken potentiell aufgebrochen werden können. Räume, die ein bäuerliches bzw. soziales Miteinander jenseits von Konkurrenz wieder ermöglichen und alternative Landwirtschaftsmodelle denk- und lebbar machen.

### **Ernährungssouveränität jetzt!**

Ein Konzept spielt für die Bündelung der lokalen Widerstände und gelebten Alternativen in Richtung einer anderen Landwirtschaft eine große Rolle: Er-

nährungssouveränität. Es wurde Mitte der 90er von Via Campesina entwickelt, dem internationalen Verband, in dem von deutschen MilchbäuerInnen über LandarbeiterInnen in Nicaragua bis hin zu südkoreanischen Reisfarmern diejenigen zusammengeschlossen sind, die zu den Marginalisierten in der Landwirtschafts- und Ernährungspolitik gehören ([www.viacampesina.org](http://www.viacampesina.org)).

Ernährungssouveränität meint das Recht jeder Gemeinschaft, ihre Landwirtschafts- und Ernährungspolitik selbst zu bestimmen – den eigenen wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und ökologischen Umständen entsprechend und ohne negative Auswirkungen gegenüber Drittländern. Ernährungssouveränität ist die Voraussetzung für die Verwirklichung des Rechts auf Nahrung, dem Recht jedes Menschen auf einen stabilen Zugang zu ausreichenden, gesunden, nahrhaften und kulturell angepassten Lebensmitteln. Anders als Ernährungssicherheit, die nur auf die ausreichende Versorgung mit Essen abzielt, beinhaltet Ernährungssouveränität das Recht der Einzelnen und jeder Gemeinschaft, Nahrungsmittel selbst zu produzieren. Das wiederum setzt den Zugang zu Produktionsmitteln wie Boden, Wasser, Saatgut und Krediten voraus (Via Campesina 2003). Ernährungssouveränität ist also ein Konzept, das bei den politischen und ökonomischen Rechten von BäuerInnen ansetzt. In diesem und vielen anderen Punkten widerspricht es der Logik des WTO-Systems (siehe Tabelle 4).

Ernährungssouveränität meint das Recht jeder Gemeinschaft, ihre Landwirtschafts- und Ernährungspolitik selbst zu bestimmen

<sup>42</sup> Via Campesina (2000): Bangalore Declaration of the Via Campesina, Declaration at the Third International Conference of the Via Campesina, Bangalore, 6 October.

Tabelle 4: WTO-Politik contra Ernährungssouveränität

Thema	WTO-Modell	Ernährungssouveränität
Produktion	Primär für Exportmarkt	Primär für Eigenversorgung & lokalen Markt
Produzieren	Nur Option für die Effizientesten	Recht der bäuerlichen Bevölkerung
Preise	Bestimmt der Markt	Faire Preise, die Kosten decken & Leben in Würde ermöglichen
Marktzugang	Zugang zu ausländischen Märkten hat Priorität	Zugang zu lokalen Märkten, keine Verdrängung von KleinbäuerInnen
Subventionen	Handelsverzerrende müssen abgebaut werden	OK, wenn sie Anderen nicht schaden
Nahrungsmittel	Ware wie jede andere	Menschenrecht
Ernährungssicherheit	Verfügbarkeit von Essen (auch durch Billigimporte)	Am größten, wenn Produktion lokal & in Händen der Armen ist
Produktionsmittel (Land, Wasser, Saatgut, Kredite)	Privatisiert	Werden lokal & gemeinschaftlich kontrolliert
Saatgut	Patentierbare Ware	Kein Patent auf Leben!
Marktmacht des Agrobusiness/ Monopole	Kein Thema	Wurzel vieler Probleme, Monopole müssen aufgebrochen werden
Überproduktion	Gibt es nicht	Führt zu Preisverfall & Armut, durch Regulierung verhindern!

Quelle: Rosset (2003): 2.

### „Landwirtschaft raus aus der WTO“

Aufgrund der Antagonismen zwischen WTO-System und Ernährungssouveränität halten Via Campesina und andere soziale Bewegungen bzw. umwelt- und entwicklungspolitische NGOs die WTO nicht für den richtigen Ort zur Regulierung der Landwirtschaft. Im „Peoples' Food Sovereignty Statement“ des Agriculture Trade Network (2005) heißt es:

„Die WTO hat in Landwirtschaft und Ernährung nichts zu suchen. Ihre Regeln treten das Konzept der Ernährungssouveränität mit Füßen. Damit das Recht von Millionen Armen auf dem Land und in der Stadt auf Nahrung, Arbeit und Lebensunterhalt geschützt und verwirklicht werden kann, muss die WTO aus der Landwirtschafts- und Ernährungspolitik verschwinden.“<sup>43</sup>

Ziel von Via Campesina ist es, die WTO und andere Institutionen der

konzerngetriebenen Globalisierung der Landwirtschaft zu delegitimieren und ihre Macht zurückzudrängen. Das Ziel der Ernährungssouveränität soll in anderen Foren vorangebracht werden – Foren, die es jedoch erst noch zu entwickeln gilt.

In eine ähnliche Richtung agiert die Gewerkschaft der Lebensmittel-, Landwirtschafts-, Hotel-, Restaurant-, Café und GenussmitelarbeiterInnen (www.iuf.org), die auf der internationalen Ebene zu den vehementesten Kritikern von Agrobusiness und WTO gehört. In einer „Strategie der integrierten Rechte“ kombiniert sie die

<sup>43</sup> Diese Position wendet sich nicht generell gegen Agrarhandel. Nahrungsmittel sollen zwar so weit wie möglich regional produziert und vermarktet werden. Wo dies aber nicht in vollem Maße möglich ist, sollen Produkte aus anderen Ländern das Nahrungsangebot ergänzen.

„Die WTO hat in Landwirtschaft und Ernährung nichts zu suchen.“

Peoples' Food Sovereignty Statement





Photo: Malte Kreuzfeldt, Attac

Ernährungssouveränität jetzt!  
Aktion von Attac und FIAN auf  
der Grünen Woche 2005

Forderung nach Ernährungssouveränität mit dem Menschenrecht auf Nahrung und den Rechten auf gewerkschaftliche Organisation, ein sicheres Arbeits- und Lebensumfeld und den Schutz des Lebensunterhalts.

### KonsumentInnen als AnwältInnen der Liberalisierung?

Bei den KonsumentInnen-Verbänden dagegen sucht man eine derart grundsätzliche Kritik an der agrarpolitischen Rolle der WTO bzw. Bereitschaft zum Umdenken in der Welthandelspolitik vergebens. So thematisiert Consumers International ([www.consumersinternational.org](http://www.consumersinternational.org)) zwar Probleme wie Dumping und den Abbau von Regulierungen im öffentlichen Interesse durch GATS. Allerdings dominiert der Ruf nach Subventionsabbau und Marktöffnung die ernährungspolitische Dimension der Forderungen des Verbandes.

Dabei gibt es viele Gründe, die WTO-Politik aus VerbraucherInnen-Sicht grundsätzlich zu kritisieren: Z.B. die Rolle des TRIPS für die Durchsetzung der Agro-Gentechnik und den Verlust an Sorten und damit einer Vielzahl von Nahrungsmitteln. Oder den von der WTO forcierten Wettbewerb, der die industrielle Landwirtschaft fördert, die sich durch Schweinepest, Rinderwahnsinn & Co. immer mehr als Gefahr für die Menschen entpuppt. Schließlich bedeutet die Stärkung des Agrobusiness durch die WTO-Politik zwar häufig

billige Lebensmittel (wenngleich niedrige Rohstoffpreise nicht immer an die VerbraucherInnen weitergegeben werden, wie z.B. bei Kaffee). Allerdings zahlen KonsumentInnen diese Schnäppchen mit der Gleichschaltung von Geschmacksnerven aufgrund eines immer homogeneren Angebots im Supermarktregal und mit einem Verlust an Einblick in und Einfluss auf die Produktion ihrer Nahrung.

### Die Gegenkräfte in Deutschland

In Deutschland vertritt das globalisierungskritische Netzwerk Attac am deutlichsten die Forderung nach Ernährungssouveränität und betreibt am offensivsten die Delegitimierung der WTO. Im Positionspapier des Attac AgrarNetzes heißt es ([www.attac.de/agrarnetz](http://www.attac.de/agrarnetz)):

„Die Ernährungssouveränität jeder Gemeinschaft muss vor jeglichen Profitinteressen stehen. Dazu bedarf es demokratisch legitimerter, internationaler Regeln. Aufgrund ihrer Politik der Handelsliberalisierung um jeden Preis und ihres Demokratiedefizits ist die WTO jedoch kein geeignetes Forum für diese Regeln. Der Agrarbereich muss deshalb völlig aus der WTO ausgegliedert werden.“

Ein weiterer wichtiger Akteur ist die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL, [www.abl-ev.de](http://www.abl-ev.de)), als eine Art kritischer Bauernverband auch Mitglied von Via Campesina. Mit ihrer scharfen Kritik an der europäischen

Mehr Kooperationen sind nötig, um dem Ausverkauf von Landwirtschaft und Ernährung wirksamen Widerstand entgegen zu setzen

Überschussproduktion, den niedrigen Preisen, der Dumpingpolitik von Aldi & Co. und an der Hinwendung des Deutschen Bauernverbandes (DBV) zur Ernährungsindustrie setzt sie wichtige Akzente in der innerdeutschen Debatte.

Schließlich sind in der Welthandelskampagne „Gerechtigkeit Jetzt!“ ([www.gerechtigkeit-jetzt.de](http://www.gerechtigkeit-jetzt.de)) bzw. im Forum Umwelt & Entwicklung ([www.forumue.de](http://www.forumue.de)) Entwicklungs- und Umweltorganisationen zusammengeschlossen, die auf eine Neuorientierung der (Agrar-) Handelsordnung drängen. Im jüngsten Positionspapier des Forums äußern sie „grundsätzliche Vorbehalte“ gegenüber den laufenden WTO-Agrarverhandlungen, die dem Schutz der bäuerlichen Landwirtschaft, dem Menschenrecht auf Nahrung und der Nord-Süd-Gerechtigkeit entgegenstünden. Als erster Schritt einer „grundsätzlichen Umorientierung“ sei es notwendig, „ein schlechtes neues Agrarabkommen“ zu verhindern.<sup>44</sup>

#### Perspektiven des Widerstands

Diesen kritischen Kräften ist es mit zu verdanken, dass der Deutsche Bundestag im Jahr 2003 u.a. die Aufnahme einer Development Box im AoA gefordert hat. Leider ohne Folgen, denn die Bundesregierung hat den Beschluss bisher ignoriert. Für die WTO-kritischen

Kräfte in Deutschland bleibt also noch viel zu tun.

Das gilt insbesondere umso mehr, weil die KonsumentInnen-Organisationen hierzulande noch gar nicht und die Gewerkschaften nur ansatzweise gegen die agrarpolitischen Machenschaften von WTO und Agrobusiness mobil machen. So vernachlässigt beispielsweise ver.di in seiner LiDL-Kampagne, dass der Discounter nicht nur bei VerkäuferInnen spart, sondern auch bei ProduzentInnen und Zwischenhändlern. Die LiDL-Kampagne von Attac ([www.attac.de/lidl-kampagne](http://www.attac.de/lidl-kampagne)) versucht, diesen wichtigen Aspekt zu ergänzen.

Mehr Kooperationen wie die zwischen Attac und ver.di in der LiDL-Kampagne sind nötig, um dem Ausverkauf von Landwirtschaft und Ernährung wirksamen Widerstand entgegen zu setzen. Dazu ist aber auch an der analytischen Front viel zu tun, denn die Verstrickungen des Agrobusiness in Deutschland und Europa sind noch wenig erforscht. Initiativen aus dem englischsprachigen Raum wie die Agrobusiness Accountability Initiative ([www.agribusinessaccountability.org](http://www.agribusinessaccountability.org)) könnten als Vorbilder dienen und vielleicht auch die hiesige kritische Wissenschaft dazu bewegen, sich des Themas stärker anzunehmen.

<sup>44</sup> Forum Umwelt und Entwicklung (2005): Internationaler Agrarhandel ist kein Selbstzweck. Nichtregierungsorganisationen fordern Vorrang für Menschenrechte, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit bei den WTO-Agrarverhandlungen, Position des Forums Umwelt und Entwicklung.

## 8. Fazit

Mit der eingangs zitierten Behauptung, die WTO sei das einzige Forum, in dem Handelspolitik im Dienste der Armen gemacht werden könnte, steht Renate Künast nicht alleine da. Quer durch alle parteipolitischen Lager, Wissenschaften und Medien wird zwar der Reformbedarf der WTO anerkannt, aber dennoch an ihr festgehalten. Tenor: „Aufgrund der beinahe universalen Mitgliedschaft und ihrer Durchsetzungsfähigkeit ist die WTO der einzige Rahmen, in dem im Sinne einer Global Governance gemeinsam Lösungen für die Ungerechtigkeiten im Welthandel gefunden werden können.“

Für die Landwirtschaft entlarvt das vorliegende Arbeitspapier diese Argumentation als großen Humbug. Wie ihre bilateralen und regionalen Pendanten dienen die WTO-Regeln allein der Lösung der „Probleme“ des Agrobusiness. Das ist nicht überraschend, denn mit TRIPS und dem AoA stammen zwei der wichtigsten Verträge aus agroindustrieller Feder. Dem Gleichheitsansatz formal treu, zementieren und verschärfen sie reale Ungleichheiten – zwischen Agrobusiness und ProduzentInnen bzw. ArbeiterInnen, zwischen agroindustrieller und bäuerlicher Landwirtschaft, zwischen wohlhabenden und ärmeren Ländern. Dass diese Politik im Namen von Ernährungssicherheit und Armutsbekämpfung verfolgt wird, sollte nicht darüber hinwegtäuschen, worum es tatsächlich geht: „die Auslöschung der extensiven Landwirtschaft und alternativer ökologischer Modelle, die sich derzeit gegen die konzerngetriebene Globalisierung aufbauen“ (McMichael 2003: 185).

Dieser Feldzug von Agrobusiness und Politik richtet sich nicht allein gegen BäuerInnen und LandarbeiterInnen. Da er mit einer massiven Veränderung des ländlichen Raums einhergeht, betrifft er alle, die auf dem Land leben – etwa die Hälfte der Weltbevölkerung. Auch das Recht der KonsumentInnen auf vielfältige und qualitativ hochwertige Lebensmittel und ihr Wunsch, über deren Produktion Bescheid zu wissen, werden

verneint. Gleichzeitig wird der immer schärfere Wettbewerb um Billigwaren und Marktanteile auf dem Rücken der Beschäftigten in der Lebensmittelbranche und des Einzelhandels ausgetragen.

Sie alle müssten dem Agrobusiness in einer breiten Koalition von Gewerkschaften, Umwelt-, Entwicklungs-, KonsumentInnen- und KleinbäuerInnen-Organisationen die Stirn bieten. Kooperationen und Bündnisse zwischen diesen Akteuren zu stärken, ist die Herausforderung WTO-kritischer Kräfte in den nächsten Monaten und Jahren.

Als emanzipatorischen Kräften kann es ihnen nicht darum gehen, an einigen agrarpolitischen Schräubchen der WTO zu drehen. Vielmehr gilt es, den Frontalangriff der Organisation auf Mensch und Umwelt in seiner Gänze öffentlich zu machen – „WTO macht Hunger!“ – und ihm ein klares „Ja!“ zum Leitbild der Ernährungssouveränität entgegenzustellen. Für den WTO-Kontext bedeutet das, dafür zu streiten, dass Landwirtschaft, Dienstleistungen und geistige Eigentumsrechte aus dem Regelungsbereich der Organisation herausgenommen werden. Nur so können langfristig Handlungsräume für eine Regulierung von Landwirtschaft und Ernährung im Dienste von Mensch und Umwelt erhalten werden.

Gleichzeitig gilt es, die Macht des Agrobusiness durch eine Änderung der Agrar- und Wettbewerbspolitiken auf der europäischen und nationalen Ebene einzuschränken. Des Weiteren müssen Räume für alternative Landwirtschafts- und Ernährungsmodelle erhalten bzw. geöffnet werden. In Deutschland könnte das heißen, sich dem Eroberungsfeldzug der Gentechnik in den Weg zu stellen, den bäuerlichen Kampf gegen Nachbaugebühren zu unterstützen oder die Dumpingpolitik von Aldi, Lidl & Co. zu delegitimieren. Alles in dem Wissen, Teil eines globalen Kampfes zu sein. Einem Kampf um Nahrung, Leben und Würde.

Gewerkschaften, Umwelt-, Entwicklungs-, KonsumentInnen- und KleinbäuerInnen-Organisationen müssen dem Agrobusiness gemeinsam die Stirn bieten

- Agriculture Trade Network (2005):** WTO in Crisis. Groups Offer Alternative Plan to Protect People's Food Sovereignty, <http://www.peoplesfoodsovereignty.org/statements.html> [20.9.2005].
- Action Aid (2005):** Power Hungry. Six reasons to regulate global food corporations.
- Bormann, Sarah/Deckwirth, Christina/Teepe, Saskia (2005):** Grenzenlos Billig? Globalisierung und Discountierung im Einzelhandel, Berlin: Verdi/Weed.
- Bové, José/Dufour, François (2001):** Die Welt ist keine Ware. Bauern gegen Agromultis, Zürich.
- The Corner House (2004):** Who Owns the Knowledge Economy? Political Organising Behind TRIPS, Briefing 32, Dorset.
- Brot für die Welt/Weed/EED (2003):** Wessen Entwicklungsagenda? Eine Analyse der GATS-Forderungen der Europäischen Union, Stuttgart/Bonn/Berlin.
- BVE (2005):** Wahlprüfsteine 2005. Forderungen der Ernährungsindustrie an die Politik 2005, Bonn.
- Chomthongdi, Jacques-Chai (2004):** Challenging the Market Access Agenda. A Case Study on Rice From Thailand, <http://www.focusweb.org/main/html/Article312.html> [27.8.2005].
- CIAA (2005):** CIAA priorities in the multilateral trade negotiations of the Doha Development Agenda, Brussels.
- Commission on Intellectual Property Rights (2002):** Integrating Intellectual Property Rights and Development Policy, London.
- Davis, Mike (2004):** Die Geburt der Dritten Welt. Hungerkatastrophen und Massenvernichtung im imperialistischen Zeitalter, Berlin/Hamburg/Göttingen.
- Europäisches BürgerInnenforum/CEDRI (Hrsg.) (2004):** Bittere Ernte. Die moderne Sklaverei in der industriellen Landwirtschaft Europas, Basel.
- ETC Group (2003):** Oligopoly, Inc. Concentration in Corporate Power: 2003, Ottawa.
- ETC Group (2005):** Global Seed Industry Concentration: 2005, Ottawa.
- FAO (2001):** Agriculture, Trade and Food Security, Vol.II, Rom.
- FAO (2004):** The State of Agricultural Commodity Markets, Rom.
- FIAN (2005):** Wirtschaft global – Hunger egal?. Für das Menschenrecht auf Nahrung, Hamburg.
- Frederickson, David J. (2004):** Hungry for Trade. Who profits from trade? The role of multinational companies, Comments, Oslo, 24 June, [http://www.utviklingsfondet.no/graphics/Filbibliotek/pdf/Konferanser/Sulten\\_handel/Dave\\_Frederickson.pdf](http://www.utviklingsfondet.no/graphics/Filbibliotek/pdf/Konferanser/Sulten_handel/Dave_Frederickson.pdf) [18.8.2005].
- Henriques, Gisele/Patel, Raj (2004):** NAFTA, Corn, and Mexico's Agricultural Trade Liberalization, Silver City: Americas Programm.
- Hermelin, Bénédicte (2004):** Agricultural Dumping in the Chicken Sector: The Case of Western and Central Africa, in: Germanwatch (Hrsg.), Stop Dumping. Promote Food Security, Bonn/Berlin, 26-29.
- Hundsorfer, Stefanie (2005):** Streitfall Gentechnik. Ist Vorsorge im Umgang mit gentechnisch veränderten Organismen Vergangenheit?, in: Forum Umwelt & Entwicklung (Hrsg.), 10 Jahre WTO. Kein Grund zum Feiern, Rundbrief 1/2005, 11-12.
- IATP (2005a):** WTO Agreement on Agriculture: A Decade of Dumping. United States Dumping on Agricultural Markets, Minneapolis.
- IATP (2005b):** The July Framework. Failing the Development Agenda, Minneapolis.
- Khor, Martin (2005):** The Commodities Crisis and the Global Trade in Agriculture: Problems and Proposals, Penang: Third World Network.
- Lang, Tim/Measman, Michael (2004):** Food Wars. The Global Battle for Mouths, Minds and Markets, London/Sterling.
- McMichael, Philip (2003):** Food Security and Social Reproduction: Issues and Contradictions, in: Bakker, Isabella/Gill, Stephen (Hrsg.), Power, Production and Social Reproduction. Human In/security in the Global Political Economy, London/New York, 169-189.

- Murphy, Sophia (2002):** Managing the Invisible Hand. Markets, Farmers and International Trade, Minneapolis.
- NFU (2003):** The Farm Crisis, Bigger Farms and the Myths of „Competition“ and „Efficiency“, Saskatoon.
- Oxfam (2004):** Trading away our rights. Women working in global supply chains.
- Oxfam (2005):** Kicking Down the Door. How Upcoming WTO Talks Threaten Farmers in Poor Countries.
- Paasch, Armin (2005):** Weltagrarhandel: Ausweg aus der Hungerkrise?, [http://www.attac.de/agrarnetz/dokumente/agrarhandel\\_paasch.pdf](http://www.attac.de/agrarnetz/dokumente/agrarhandel_paasch.pdf) [26.8.2005].
- Reichert, Tobias (2005):** EU-Agrarsubventionen und ihr Verhältnis zum WTO-Agrarabkommen, Berlin/Hamm: Germanwatch/AbL.
- Rosset, Peter (2003):** Food Sovereignty. Global Rallying Cry of Farmer Movements, Food First Backgrounder 9: 4.
- Shiva, Vandana (2002):** Export at any Cost: Oxfam's Free Trade Recipe for the Third World, in: Seatini Bulletin, 5:10, 8-12.
- Ul Haque, Irfan (2004):** Commodities under Neoliberalism: The Case of Cocoa, UNCTAD G-24 Diskussion Paper Series, No.25, New York/Genf.
- UNCTAD (2004):** Trade and Gender. Opportunities and Challenges for Developing Countries, New York/Genf.
- UNEP (2005):** Integrated Assessment of the Impact of Trade Liberalization on the Rice Sector. UNEP Country Projects Round III. A Synthesis Report, Nairobi.
- Via Campesina (2003):** What is Food Sovereignty? Position Paper.
- Vorley, Bill (2003):** Food, Inc. Corporate concentration from farm to consumer, London.
- WEED/EED (2005):** Freie Fahrt für freien Handel? Die EU-Handelspolitik zwischen Bilateralismus und Multilateralismus, Bonn/Berlin.
- Weisbrot, Mark/Baker, Dean (2002):** The Relative Impact of Trade Liberalization on Developing Countries, [http://www.cepr.net/publications/trade\\_2002\\_06\\_12.htm](http://www.cepr.net/publications/trade_2002_06_12.htm), Washington [20.9.2005].
- Wichterich, Christa (2004):** Das Livelihood-Konzept. Ernährungssicherung als entwicklungs-politischer Paradigmenwechsel – feministisch gesehen, in: Widerspruch 24:2, 85-93.
- Wiggerthale, Marita (2004a):** Entwicklung statt Freihandel: Zeit für eine Kehrtwende! Eine Zwischenbilanz der WTO-Agrarverhandlungen, Berlin, <http://www.fairer-agrarhandel.de/> [3.9.2005].
- Wiggerthale, Marita (2004b):** Indien und Brasilien, ein starkes Duo im WTO-Agrarpoker?, Berlin, <http://www.fairer-agrarhandel.de> [3.9.2005].
- Wiggerthale, Marita (2005):** What's wrong with EU agricultural subsidies?, <http://www.fairer-agrarhandel.de> [24.8.2005].
- Woodroffe, Jessica (2002):** GATS: A Disservice to the Poor, London.
- Wullweber, Joscha (2004):** Umkämpfte Natur. Genetische Ressourcen als Medium der Kapitalakkumulation, in: PROKLA, Heft 135, 34:2, 245-261.
- WTO (2003):** Taking Forward the Review of Article 27.3(b), Joint Communication from the African Group, 26 June, IP/C/W/404, Geneva.
- WTO (2004):** Doha Work Programme. Decision Adopted by the General Council in 1 August 2004, 2 August, WT/L/579, Geneva.
- WTO (2005a):** G-20 Proposal. Elements for Discussion on Market Access, 8 July, Geneva.
- WTO (2005b):** G33 Proposal on Special Safeguard Measure, Communication from G33, 3 June, JOB(05)/92, Geneva.
- WTO (2005c):** G33 Proposal on Special Products, Communication from G33, 3 June, JOB(05)/91, Geneva.
- WTO (2005d):** Action Required to Address the Crisis Arising From the Decline in Prices of Primary Commodities Faced by Commodity Dependent African Countries, Submission by Cote d'Ivoire, Kenya, Rwanda, Tanzania, Uganda and Zimbabwe, 16 June, JOB(05)/113, Geneva.

<b>AbL</b>	Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft
<b>ADM</b>	Archer Daniels Midland
<b>AKP</b>	Afrika, Karibik, Pazifik
<b>AMS</b>	Aggregate Measurement of Support – Aggregiertes Stützungsmaß
<b>AoA</b>	Agreement on Agriculture – Agrarabkommen
<b>BIP</b>	Bruttoinlandsprodukt
<b>Bt</b>	Bacillus thuringiensis
<b>BVE</b>	Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie
<b>CIAA</b>	Confédération des Industries Agro-Alimentaires de la CEE – Vereinigung der Ernährungsindustrien der EU
<b>DBV</b>	Deutscher Bauernverband
<b>FAO</b>	Food and Agriculture Organisation of the United Nations – Landwirtschafts- und Ernährungsorganisation der Vereinten Nationen
<b>FIPs</b>	Five Interested Parties
<b>FTAA</b>	Free Trade Area of the Americas – Gesamtamerikanische Freihandelszone
<b>GATT</b>	General Agreement on Tariffs and Trade – Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen
<b>GATS</b>	General Agreement on Trade in Services – Allgemeines Abkommen über Handel mit Dienstleistungen
<b>GVO</b>	Gentechnisch Veränderte Organismen
<b>IWF</b>	Internationaler Währungsfonds
<b>LDCs</b>	Least Developed Countries – Am wenigsten entwickelte Länder
<b>NAFTA</b>	North American Free Trade Agreement – Nordamerikanisches Freihandelsabkommen
<b>NGO</b>	Non-Governmental Organisation – Nichtregierungsorganisation
<b>OECD</b>	Organisation for Economic Cooperation and Development – Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
<b>PSE</b>	Producer Support Estimate – Produzenten-Subventions-Äquivalent
<b>SPs</b>	Special Products – Spezielle Produkte
<b>SSM</b>	Special Safeguard Mechanism – Spezieller Schutzmechanismus
<b>TNK</b>	Transnationale Konzerne
<b>TRIPS</b>	Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights – Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums
<b>TRQ</b>	Tariff Rate Quota – Zollquoten
<b>UNEP</b>	United Nations Environment Programme – Umweltprogramm der Vereinten Nationen
<b>UNCTAD</b>	United Nations Conference on Trade and Development – Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung
<b>WTO</b>	World Trade Organisation – Welthandelsorganisation

# Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung

weed wurde 1990 gegründet und ist eine unabhängige Nichtregierungsorganisation. Wir sind mit dem Ziel angetreten, in der Bundesrepublik Deutschland mehr Bewusstsein für die Ursachen der weltweiten Armuts- und Umweltprobleme zu schaffen. weed engagiert sich in nationalen und internationalen Netzwerken und führt Organisationen und Initiativen in Nord und Süd zusammen.



## Themenschwerpunkte:

- Internationale Verschuldung, Entschuldungsinitiativen und die Rolle Deutschlands
- IWF und Weltbank: Politik, Projekte und Programme
- Reform und Demokratisierung der internationalen Finanzmärkte
- Internationale Handelspolitik und WTO
- Nord-Süd-Politik der Europäischen Union
- Internationale Umwelt- und Entwicklungspolitik

## Die Instrumente unserer Arbeit:

- Wir erstellen Recherchen, Hintergrundmaterialien und Arbeitspapiere, z.B. den periodisch erscheinenden » weed-Schuldenreport «.
- weed führt Kampagnen durch, informiert politische Entscheidungsträger und interveniert in politische Entscheidungsprozesse.
- Wir wollen Bewusstsein schaffen durch die Veranstaltung von Seminaren, Workshops und Tagungen. Wir kooperieren intensiv mit Medien und betreiben Öffentlichkeitsarbeit.
- weed arbeitet in nationalen und internationalen NRO-Netzwerken mit.

## Schreiben Sie uns oder rufen Sie einfach an:

### weed

Torstr. 154, D-10115 Berlin  
Tel.: +49 - (0)30 - 27 58 - 21 63  
Fax: +49 - (0)30 - 27 59 - 69 28

### weed

Bertha-von-Suttner Platz 13, D-53111 Bonn  
Tel.: +49 - (0)228 - 766 13 - 0  
Fax: +49 - (0)228 - 766 13 - 13

[weed@weed-online.org](mailto:weed@weed-online.org)  
[www.weed-online.org](http://www.weed-online.org)

## weed bewegt – bewegen Sie weed!

### Unterstützen Sie die Arbeit von weed und spenden Sie:

Bank für Sozialwirtschaft (BLZ 100 205 00)  
Konto-Nr. 3220600  
oder online Spenden  
[www.weed-online.org/about/spenden/index.html](http://www.weed-online.org/about/spenden/index.html)

### Werden Sie Mitglied:

Einfach das Formular zum Beitritt unter  
[www.weed-online.org/about/join.html](http://www.weed-online.org/about/join.html) ausfüllen.

## WEITERE PUBLIKATIONEN



### Freie Fahrt für Freien Handel?

Die EU-Handelspolitik  
zwischen Bilateralismus und  
Multilateralismus

Autoren: Dr. Klaus Schilder,  
Peter Fuchs, Christina Deckwirth,  
Michael Frein

56 S., Schutzgebühr EUR 4,00  
(Mitglieder EUR 3,00), incl. Versand

#### Aus dem Inhalt:

- Die EU als handelspolitische Macht
- Die »WTO plus«-Agenda der EU
- Wo liegen Chancen und Gefahren aus entwicklungspolitischer Sicht?



### Grenzenlos billig?

Globalisierung und  
Discountierung im Einzelhandel

Autorinnen: Sarah Bormann,  
Christina Deckwirth, Saskia Teepe

96 S., Schutzgebühr EUR 7,00  
(Mitglieder EUR 5,00), zzgl. Versand

#### Aus dem Inhalt:

- Menschen handeln: Die Situation der Beschäftigten
- Auf dem Weg zum globalen Supermarkt? Konzentration und Internationalisierung des Einzelhandels
- In wessen Interesse: Die politischen Strategien der Einzelhandelskonzerne
- Regeln sind Rechte: Regulierung auf nationaler, europäischer und globaler Ebene
- Den Einzelhandel neu gestalten!



Bestellungen: weed, Torstr. 154, 10115 Berlin, Tel.: +49 - (0)30 - 27 58 - 21 63, Fax: +49 - (0)30 - 27 59 - 69 28  
oder [www.weed-online.org/publikationen/bestellung](http://www.weed-online.org/publikationen/bestellung), Email [weed@weed-online.org](mailto:weed@weed-online.org)



**weed**

ISBN: 3-937383-30-1